

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Beilage),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow,  
beide in Hamburg.

Reaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Vereins-Anzeigen  
für die dreieckspaltenige Zeitung über deren Raum 80 fl.  
Zeitung-Preisliste Nr. 8888.

Inhalt: Streiks und Streiklausel-Phantasien. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Versammlungen und sonstige Bewegung. Bauarbeiterbewegung in der Schweiz. — Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschuh, Submissions etc. — Eingetragene Schriften. — Briefkästen. — Centralverband der Maurer. — Central-Krankenkasse. — Anzeigen.

## Streik- und Streiklausel-Phantasien.

Über „die Ausstandsbelebung im Bauwesen und die Streiklaufel“ leitartikelte die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Nr. 27. Sie knüpft an die Forderung der Hamburger Bauarbeiter an, betreffend Erhöhung des Stundenlohnes und Heraufsetzung des Arbeitszeitlimits, bemerkt dann, daß ihrer Streitfahne nach die am Baugewerbe beteiligten Arbeiterkategorien zur Zeit an 100 Orten im Ausland sind und führt dann folgendes aus:

„Hatte die Zahl der Arbeitseinstellungen kurz vor den Wahlen eingerückt, so nimmt sie jetzt, nachdem die Wahlen erledigt sind, um so rascher zu. In den meisten Fällen handelt es sich, wie in Hamburg, in erster Linie um die Heraufsetzung der Arbeitszeit, die durch eine Erhöhung des Stundenlohnes weitgehend werden soll. Hierin liegt Methode. In prinzipsieller Auseinandersetzung der Arbeitseinstellungen durch den Eintritt friedlicher Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt jetzt noch weniger gedenkt sein kann als ebenso, fügten die Gewerkschaftsleistungen nun mehr mit aller Kraft auf die Verbesserung der Ziele hinzu, von denen sie wissen, daß sie aus guten Gründen die Billigung des Unternehmertums nicht so leicht finden werden. Unter diesen Zielen spielt die Einführung des Arbeitstages von vornherein die Hauptrolle, wie denn die Bremer Klempnergegen den Arbeitstag bereits vor Wochen zu ergangen versuchten. Allerdings ist man sich klar darüber, daß es tatsächlich nicht richtig wäre, wollte man daran zu radikal vorgehen. So fällt denn zunächst der am Baugewerbe beteiligte Arbeiterschaft die Aufgabe zu, schriftweise vorzugeben und von der Arbeitszeit nach und nach immer mehr abzubauen. Die Möglichkeit, die den Unternehmern auf fast allen Gebieten zur Seite steht, daß sie nämlich ihre Lieferungsverträge in Streiffällen mit Hilfe auswärtiger Kollegen zu erfüllen vermögen, kommt beim Bauarbeiter in Fortfall, so daß dieses das gegebene Gelände für die Operationen der Gewerkschaftsleistungen darstellt. Sollte es den Bauarbeitern aber wirklich gelingen, den Arbeitstag zu erzwingen, so würden alle anderen Arbeiterkategorien ihnen auf diesem Wege um so leichter folgen können.“

Es wird hier also den Arbeitern des Baugewerbes geradezu beigegeben, daß sie friedliche Verhältnisse mit dem Unternehmertum nicht wollen, daß sie vielmehr geleitet sind von der Absicht, Kampf unter allen Umständen zu führen! Es ist das eine Unterstellung, die sich lediglich aus dem Bestreben des Unternehmerorgans erläutert, selbst unter schamlosester Verhöhnung der Wahrheit gegen die Arbeiter zu hegen. Allerdings liegt in dem Vorgehen der Arbeiter Methode, aber eine solche, die sich aus den berechtigten Interessen der Arbeiter durchaus erklärt. Wollen sie ihre Lage verbessern, so müssen sie, das haben selbst bürgerliche Nationalökonomie und Sozialpolitiker schon oft anerkannt, Erhöhung des Lohnes und Heraufsetzung der Arbeitszeit miteinander verbinden. Nur so können sie sich den Bezug eines höheren Arbeitseinkommens und stärkerer Schonung ihrer Arbeitskraft sichern. Das ist so klar, so selbstverständlich, daß nur Vorhiertheit und niedere Gehässigkeit daran Anstoß nehmen können. Das Unternehmerorgan möchte glauben machen, es befiehlt unter den Gewerkschaftsleistungen so eine Art „Verschwörung“ zwecks Erbringung des Arbeitstages und die Arbeiter des Baugewerbes hätten die „Aufgabe“ zugewiesen bekommen, die Planarbeit zu leisten. Daß dem gleichen Interesse der Arbeiter aller Gewerbe, wie es aus der bestehenden Wirtschaftsordnung sich ergibt, ein gleiches Streben entspringt — diese Tatsache erfüllt für die Schriften der „Arbeitgeber-Zeitung“ nicht, ebenowenig wie die, daß die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, so auch die des Centralverbandes der Maurer, völlig unabhängig von der Gewerkschaftsleitung ihre

Entschließungen, betreffend die Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit, treffen.

Der ganze Artikel des edlen Blattes ist von Vorhiertheit und Gehässigkeit diktiert. Zum Beweis dafür, daß es die gemeinnützige Tätigkeit in dem oben zitierten Absatz „richtig charakterisiert“ hat, sagt es:

„Dafür spricht besonders der Umstand, daß die im Bauwesen tätigen Gelehrten und Arbeiter im Vergleich mit anderen Arbeiterschichten an und für sich den wenigsten Grund haben, für eine Verkürzung ihrer Arbeitszeit einzutreten, da sie ja überhaupt nur einen Teil des Jahres voll in Arbeit stehen und während des Winters Zeit genug zu unfreiwilliger Mühe haben. Man sollte doch meinen, daß jeder, dem daran gelegen ist, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern, während der seiner Beschäftigung günstigen Arbeitsperiode bemüht sein müßte, das zu anderer Zeit Verkürzung einzuhören.“

Was soll man zu solch ökonomischem Unsinn sagen? Daß der Arbeiter seine wirtschaftliche Lage durch möglichst vieles Arbeiten nicht verbessert, sondern verschlechtert, lehrt die Erfahrung; es ist das eine Konsequenz der ökonomischen Zusammenhänge und Wechselwirkungen, die wir demnächst in einigen Artikeln über den Arbeitstag, die Lohnsysteme etc. darlegen wollen. Die alte Manchestertheorie spult in diesem Unsinn, die Theorie, daß der Arbeiter im Lohn, den er in der günstigen Arbeitsperiode erhält, auch entzöglicht werde für den Ausfall im Dienst in der arbeitslosen Zeit.

Weiter heißt es dann:

„Unsere Sozialentwickelten ergehen sich zwar in tränenseligen Delusionen über die winterliche Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter; wir haben aber noch nicht gelesen, daß sie ihren Schülern den Rat gegeben hätten, den die Ameise der Grille bat, nämlich den Sommer für den Winter sorgen zu lassen.“

Ein schmäligter Vergleich. Wenn die Ameise der faulen Grille den Rat gibt, für den Winter zu sorgen, so steht darin doch eine andere Moral, als in der vom kapitalistischen Ausbeutungsinteresse ausgeschmiedeten Lehre, daß der Arbeiter unter allen Umständen, selbst indem er sich die härtesten Entbehrungen auferlegt, den Anspruch des Unternehmertums genügen müsse. Denn um nichts anderes handelt es sich hier, wie sich überzeugend aus folgenden Sätzen des Unternehmerorgans ergibt:

„Wie sehr wäre den Meistern damit gedient, wenn ihre Leute während der guten Jahreszeit sehn oder elf Stunden arbeiten, wie gerne würden sie ihren Dienst verdient für die längere Arbeitsdauer ausbezahlt, nur um die Bauten schnell unter Dach und Fach gebracht zu sehen! Wer nein — beratiges lädt die Gewerkschaftsleitung eben nicht zu, trotzdem sicherlich eine recht große Anzahl von Arbeitern völlig damit einverstanden wäre. Die Bauarbeiter sind einmal dazu bestimmt, im Kampf um das Prinzip des Arbeitstages den ersten Vorstoß zu unternehmen, und um dieses Ziel des Willen darf es darauf natürlich nicht ankommen, daß man Verunft und Logik mit Füßen tritt.“

Freilich, den Meistern würde damit gedient, wenn die Arbeiter Vernunft und Logik mit Füßen treten, d. h., wenn sie eine dauernde Entwertung ihrer Arbeitskraft durch Innehaltung möglichst langer Arbeitszeit bewirken würden. Dann bekämen die Unternehmer ihre Bauten schnell fertig — und die Arbeiter hätten den Nachteil, der durch Mehrarbeit erzielte Mehrverdienst würde bald in der Weise „regulierend“ wirken, daß der längere Arbeitstag als Norm bleibt, der Mehrverdienst aber wegfällt. Diese Logik kann die „Arbeitgeber-Zeitung“ bei den hervorragendsten bürgerlichen Nationalökonomien finden. Nur in Konsequenz einer bauenden Verkürzung des Arbeitstages kann es zu einer bauenden Erhöhung des Lohnes,

## Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

**Hamburg:** Ohnschluss b. Hamb. (Sperrung über Kummerfeld);

**Schleswig-Holstein:**

Burg a. Fehmarn (Sperrung über Christian Hammer), Laboe (Sperrung über Störling), Heikendorf (Sperrung über Schölschen), Alt-Heikendorf (Aussperrung);

**Mecklenburg:**

Boizenburg, (Maurerstreik), Neukloster - Eddel-Starnberg, Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Schwerin (Sperrung über Fedder und Stange);

**Prov. Brandenburg:**

Buch, Lehnin (Maurerstreik), Tegel (Sperrung über Engelke & Valting), Gr.-Kreuzer Lohngebiet (Sperrung über den Unternehmer Jacob aus Lehnin), Rathenow (Sperrung über Maurermeister Baer), Schwedt a. d. O. (Bausperrung über Wisthagen), Treuenbrietzen (Sperrung über die Bahnarbeiten, Unternehmer Zutz aus Bromberg);

**Pommern:**

Swinemünde - Ahlbeck-Heringsdorf (Maurerstreik), Gartz a. d. O. (Sperrung über Kersten in Gramzow, Bau in Staffeld), Anklam (Zimmererstreik);

**Ost- und Westpreussen:**

Elbing (Bausperrung), Danzig (Differenzen);

**Prov. Posen:**

Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt);

**Schlesien:**

Bautzen (Aussperrung);

**Prov. Sachsen:**

Barby (Aussperrung der Maurer), Trebitz a. d. Elbe (Bausperrung über Eltner in Schnellin), Stendal (Aussperrung der Maurer, Bauarbeiterstreik);

**Königr. Sachsen:**

Plauen i. V. (Streik);

**Sa.-Altenburg:**

Eisenberg (Streik);

**Thüringen:**

IImmenau (Streik gegen Lohnreduktion), Coburg (Sperrung über Köhler), Gotha (Sperrung über Motschmann), Eisenach (Aussperrung der Maurer);

**Prov. Hannover:**

Hannover (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter), Nienburg a. d. W. (Sperrung über Döchow), Hameln (Zimmererstreik);

**Westfalen:**

Bochum, Hagen, Dortmund (partielle Streiks);

**Hessen:**

Mainz (Zimmerer ausgesperrt), Cassel (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter);

**Baden:**

Pforzheim (Streik), Karlsruhe (Differenzen);

### Ausland:

**Oesterreich:**

Ausk, Salzburg (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);

**Ungarn:**

Klausenburg, Nagy-Várad, Muszakos (Maurerstreik);

**Schweiz:**

Bern (Streik der Zimmerer), Genf (Maurerstreik).

kommen. Aber ein Eingehen auf diese ökonomische Wahrheit, die sowohl erfahrungsgemäß wie wissenschaftlich feststeht, kann das professionelle Hebertum, welches in der "Arbeitgeber-Stg." sein Unwesen treibt, unmöglich wagen, ohne sich selbst moralisch zu ohngefeigen. Und dabei beruft diese Sippschaft sich auf "Barmhart" und "Logik".

Diese "Barmhart" und "Logik" steuert dann schließlich auf die Frage der Streiklaufel zu. Tadel ersahrt das Verhalten der Behörden, "die mit wenigen Ausnahmen die Aufnahme der Streiklaufel in ihre Kontrakte aus Rücksicht angeblich paritätischer Art verweigern". Der Scribasar der Arbeitgeber-Stg. erklärt, nicht im stande zu sein, "den Gedankengang der johlen Schlussfolgerung zu Grunde liegt, zu beschreiten". Ihm ist eben alles unvergeßlich, was gegen das kapitalistische Ausbeutungsinteresse geht. Er jammt:

Auf der einen Seite werden alle möglichen gesetzlichen Verfügungn rein-formaler Art erlassen, um das Handwerk zu stützen und zu kräftigen, und auf der anderen Seite hält man es für inopportunit, ihm den nötigen Ellobogenraum zu gewähren, dessen es bei dem fortwährenden Bergewaltigen Kampf mit der Unbotmäßigkeit der von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitungen aufgepufften Gesellen und Gehilfen so außerordentlich dringend benötigt ist!

Freilich, Ellobogenraum für die Unternehmer, d. h. die absolute Freiheit, die unbeschränkte Willkür zwecks Vergewaltigung der Arbeiter — und zwar der möglichst an Händen und Füßen gebundenen Arbeiter — das ist es, worauf es ankommt!

Der mächtige Arbeitgeberjöldner hat auch entdeckt, daß „die Gewerkschaftsführer sich diese Lage der Dinge weidlich zu Nutze machen verstehen“; er behauptet, dafür „zahlreiche Belege“ zu besitzen (wohlgenervt Belege!) — und fährt fort:

„Denn die Ausstandsbezeugung pflegt fast ausnahmslos gerade dort einzugehen, wo es sich um die Vertretung öffentlicher Bauten handelt, für deren verhältnißvolle Vollendung derartig hohe Konventionalstrafen festgesetzt sind, daß sie den Unternehmer nicht nur seines Verdienstes berauben, sondern ihn unter Umständen sogar vollkommen ruinieren würden. Die Bezeugung der betreffenden Behörde, dem durch den Streit betroffenen Weitzer eine Strafbefreiung zu gewähren, muß also in des Wortes verlogener Bedeutung eine ausgesprochene Unterstützung der Ausständigen bedeuten.“

Also die Behörden verbündet mit den Gewerkschaftsführern, um die Unternehmer zu berauben und zu ruinieren!!! Weshalb Behörden sich weigern, auf die Forderung der Streiklaufel einzugehen, darüber sagt der Artikelschreiber nicht die Wahrheit. Es sind nicht „Rücksichten sogenannter paritätischer Art“, nicht Rücksichten auf die Interessen der Arbeiter, die sie zu dieser Bezeugung bestimmen, sondern Rücksichten auf die Interessen des öffentlichen Wesens. Sie sagen sich ganz zutreffend, daß der Unternehmer, welcher öffentliche Bauten auszuführen hat, die Streiklaufel in schändester und gewissenloser Weise dazu missbrauchen kann, seinen Vertrag zu brechen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der Unternehmer ist immer im stande, Streiks zu provozieren, Aussperrungen vorzunehmen, wenn es seinen Interessen entspricht, daß die Arbeit unterbrochen, daß ihm die vereinbarte Frist bewilligt wird. Ja, er kann mit Hilfe der Streiklaufel sich aller seiner Verbindlichkeiten entziehen. Deshalb lehnen Behörden die Streiklaufel ab.

Aber Scribasar weiß sich Nat; er fordert, „dass die Gesetzgebung die Arbeitsniederlegung als force majeure auffasst und die Einführung der Streiklaufel in alle behördlichen Baukontrakte obligatorisch macht“. Und er giebt sich „der sicheren Erwartung hin, daß ein dahin zielender Antrag sowohl im Reichstage wie im Bundesrat diejenige wohlwollende Unterstützung finden werde, die er aus Rücksicht auf die schwierige Lage des Handwerks gegenüber dem Terrorismus der in dauernder Zunahme begriffenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zweifellos verdient“.

Ein verteufelt gescheiter Gebanke! Die Reichsgesetzgebung soll den Bauunternehmern ein gegen die Arbeiter gerichtetes Kampfprivilegium sichern, welches zugleich ein Privileg heiligsten Vertrages am öffentlichen Wesen sein würde!

Dieser Vorschlag steht in seiner frivolen Amahllichkeit und seiner plumpen Naivität wirklich unerreicht da. Weshalb nur wird nicht gleich gefordert, daß die Unternehmer gegebenenfalls aus Reichsmitteln zu entschädigen sind?! Die Gesetzgebung soll den einfachsten Rechtsbegriffen höhn sprechen; man nutzt ihr zu, ein Ereignis, das die Unternehmer bei gutem Willen abwenden können, den Streit, als force majeure, als

„unabwendbare höhere Gewalt“, wie ein hindernes oder zerstörendes Naturereignis zu behandeln! Dieser spekulativen Gebanke ist ja nicht neu; aber daß die Gesetzgebung angegangen wird, sich diese Spekulation zu eigen zu machen, das ist noch nicht dagewesen!

## Maurerbewegung. Striks, Aussperrungen, Maßregelungen, Disziplinen.

Der „Bier-Städte-Bund“ Hamburg z. hat die Resolutionen der Maurer und Zimmerer und die Ausführung der Sperrn seitens dieser beiden Korporationen als Verhängnis des Friedens anerkannt. Die Bauhüttsarbeiter kämpfen mittels Sperrn weiter und haben auch in der letzten Woche wiederum einige Innungsmäister zur Anrechnung gezwungen. Der „Bier-Städte-Bund“ scheint mit seinem Latein völlig zu Ende zu sein, und es jedem Innungsmäister zu überlassen, sich so gut zu machen, wie es geht. — Die mehrfach ausgedrohte Befriedung, die Nichtinnungsmäister würden nunmehr auch wiederum zu den alten Bedingungen arbeiten lassen und die der Junung getroffene Frist für sich in Anspruch nehmen, ist nicht zur Tat geworden, aber doch nur in ganz vereinzelten Fällen. In solchen Fällen werden aber auch nach wie vor von den Maurern Sperrn verhängt, wie sie ja auch freie Hand haben, solche Innungsmäister zu sperren, die sich durch besonders „lebenswürdige“ Behandlung der Gesellenheimerbar machen. Eine allgemeine Sperr über Hamburg besteht jedoch nicht mehr.

In Hannover dauer die Aussperrung unverändert fort, aber mit dem Import der „Aussperrungsberührter“ will es nicht so recht vorwärtsgehen. Die angeworbenen Polizier haben sich, natürlich erst nachdem sie sich beharrlich weigerten, die Arbeit fortzusetzen, als „unbrauchbar“ erachtet, „unbrauchbar“ informiert, als unsre Baugewerbe auf dem Gebiete der Ausbeutungskunst der menschlichen Arbeitskraft Virtuosen sind. Und da war es begreiflich, daß die Polizier nicht die richtige Befriedlung fanden. Hätten sie aber ihre Menschlichkeit unterdrückt und weiter arbeiten wollen, so hätte man sie recht gerne befehlen. Da nun edler Sinn, menschliches Mitgefühl und andere gute Eigenschaften von jener die Leitsterne unserer Meister der edlen Edelkunst“ genoßen, glaubte man durch eine Rückeruf der Galizier Mores lehren zu können. Über auch dies war ein Schißholz, indem die Ausgeperchten als Menschen gegenüber Menschen sich ihrer Pflicht bewußt waren und vorsichtig die Verpflegung glaubten übernehmen zu müssen. Durch Eingreifen des Arbeiterscretariats und der Amtsverwaltung mußten dann die edlen Herren Unternehmer einsehen lernen, daß ihr „edler Sinn“ sich als eine an Stobit geringende Brutalität darstellt, und so mußte man sich bequemen, nicht nur die Verpflegung, sondern auch die Transportlasten der Galizier nach ihrem Heimatort zu übernehmen. 162 Galizier und einige Frauen haben also Hannover wieder den Rücken gekehrt. 67 Italiener sind nach hier, aber kein Unternehmer hat auch nur ein brauchbares Ausbeutungsobjekt und niemand will so recht an diese „billige Ware“ anknüpfen. Glücklich würde man sich preisen, wenn man erst die hiesigen Leute, mit denen man eben umzutragen verstand, wieder in den Sielen hätte. Über eine Niederlage wollen die Herren auch nicht gerne haben und deshalb tutstet man weiter, bis man auch hierin die Grenze gefunden hat.

Den Dortmunduer Unternehmern scheint vor der Aussperrung bang geworden zu sein. Sie wurden sich auch wahrscheinlich noch ärger blamieren als ihre Kollegen in Cöln. Von unseren Kollegen wird der Kampf mittels Sperrn nunmehr fortgesetzt.

Also die Behörden verbündet mit den Gewerkschaftsführern, um die Unternehmer zu berauben und zu ruinieren!!! Weshalb Behörden sich weigern, auf die Forderung der Streiklaufel einzugehen, darüber sagt der Artikelschreiber nicht die Wahrheit. Es sind nicht „Rücksichten sogenannter paritätischer Art“, nicht Rücksichten auf die Interessen der Arbeiter, die sie zu dieser Bezeugung bestimmen, sondern Rücksichten auf die Interessen des öffentlichen Wesens. Sie sagen sich ganz zutreffend, daß der Unternehmer, welcher öffentliche Bauten auszuführen hat, die Streiklaufel in schändester und gewissenloser Weise dazu missbrauchen kann, seinen Vertrag zu brechen, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Der Unternehmer ist immer im stande, Streiks zu provozieren, Aussperrungen vorzunehmen, wenn es seinen Interessen entspricht, daß die Arbeit unterbrochen, daß ihm die vereinbarte Frist bewilligt wird. Ja, er kann mit Hilfe der Streiklaufel sich aller seiner Verbindlichkeiten entziehen. Deshalb lehnen Behörden die Streiklaufel ab.

Aber Scribasar weiß sich Nat; er fordert, „dass die Gesetzgebung die Arbeitsniederlegung als force majeure auffasst und die Einführung der Streiklaufel in alle behördlichen Baukontrakte obligatorisch macht“. Und er giebt sich „der sicheren Erwartung hin, daß ein dahin zielender Antrag sowohl im Reichstage wie im Bundesrat diejenige wohlwollende Unterstützung finden werde, die er aus Rücksicht auf die schwierige Lage des Handwerks gegenüber dem Terrorismus der in dauernder Zunahme begriffenen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung zweifellos verdient“.

Ein verteufelt gescheiter Gebanke! Die Reichsgesetzgebung soll den Bauunternehmern ein gegen die Arbeiter gerichtetes Kampfprivilegium sichern, welches zugleich ein Privileg heiligsten Vertrages am öffentlichen Wesen sein würde!

Dieser Vorschlag steht in seiner frivolen Amahllichkeit und seiner plumpen Naivität wirklich unerreicht da. Weshalb nur wird nicht gleich gefordert, daß die Unternehmer gegebenenfalls aus Reichsmitteln zu entschädigen sind?! Die Gesetzgebung soll den einfachsten Rechtsbegriffen höhn sprechen; man nutzt ihr zu, ein Ereignis, das die Unternehmer bei gutem Willen abwenden können, den Streit, als force majeure, als

Saiten ausziehen; es trifft sich ja auch oft so, daß man nicht mit ausgemachten Lumpen zusammen- oder gar unter deren Botmäßigkeit zu arbeiten braucht. — Von den Geschreigetzen sind die meisten in der Nachbarschaft in Arbeit gekommen.

Einen sehr schweren Stand haben unsere Kollegen in Blaauen. Nicht nur, daß sie von der Polizei ungünstig behandelt werden, während die Unternehmer schalten und walten können; wie sie wollen, auch ein Teil der Annahmehaft des Gewerkschaftshauswesens betreibt die Vernichtung der Streitenden. Der Leitstern, donen es beim Sedantumml und anderen „patriotischen“ Versammlungen wahrscheinlich gar nicht läuft genug wird, haben sich durch den Verkehr und die Versammlungen der Streitenden „beuntuhigt“ gefühlt und in einer Petition an den Rat der Stadt um die Schließung des „Schillergarten“ (Streitbureau und Versammlungsort) gebeten. Mit dieser Petition hatte sich in der vergangenen Woche der Stadtgerichtsrat zu beschäftigen. Auf die Anfrage eines Stadtverordneten über die angeblichen Maßnahmen infolge des Streits behandelte der Vorsteher des Polizeiamts, Stadtrat Schurig, auch die Petition, von der er sagte, daß sie manche Übertriebungen enthalte. Aber auch sonst, und besonders in den Zeitungen (in den „staatschreitenden“ natürlich), wurde dieses übertrieben. Er selbst, der Stadtrat, habe sich an drei Tagen, Freitag, Sonnabend und Montag, überzeugt, daß an keiner Stelle Ausschreitungen vorgekommen seien. Ein Bauunternehmer hatte dem Stadtrat Schurig mitgeteilt, auf seinem Bau seien „Arbeitswillige“ von Streitenden geschlagen worden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß jüngst „Arbeitswillige“ untereinander gewürgt hatten. Schurig wies auf darauf hin, daß dem Gewerbeausschluß es zum Vorwurf gemacht wurde, daß er für den „Schillergarten“ überhaupt die Konzession ertheilt habe. Nedder betonte demgegenüber, daß gar kein Grund vorgelegen habe, die Konzession zu verweigern, es könne auch nicht ohne weiteres die Polizeizeitung eingeführt werden, wohl aber sei diese angedroht worden, wenn Ausschreitungen vorlängen.

Noch eigentümlichere Ansichten vom Streit hat der Oberbürgermeister Dr. Schmidt. Wie er in den Stadtverordnetenversammlung erläuterte, hat er angeordnet, daß Schärfe gegen die Ausschreitungen vorgegangen wären. Bei dieser Anordnung hat das Oberhaupt der Stadt Blaauen die Ausschreitungen der Unternehmer, aber ganz außer acht gelassen. „Selbst der einzige Mann, der Streitposten steht, belästigt das Büblium“, nach der Ansicht des Oberbürgermeisters. Wenn aber die Unternehmer die Bahnhöfe ganz für sich in Besitz nehmen und Streitende sogar mit Schießwaffen bedrohen, so ist das natürlich keine „Belästigung des Publikums“. Der Oberbürgermeister hat auch kein Haar daraus gemacht, daß er für die Streitenden gar keine Sympathie hat, und er weiß auch schon, daß der Streit im Sande verlaufen werde. Ja, nach Ansicht des Oberbürgermeisters sind die Blaauener Maurer sogar vertragsschuldig, sie sollen getroffene Vereinbarungen nicht gehalten haben. Diese Auslegung dürfte selbst den Unternehmern neu sein. Richtig ist allerdings, daß mehrere Unternehmer in diesem Frühjahr 1 bis 2 % Lohn zugelegt haben, vielleicht in dem Glauben, damit die Maurer befriedigt und von der Geltendmachung ihrer Forderungen abhalten zu können. Die Maurer haben natürlich auch die sonstige Verantwortung nicht zurückgewiesen. Sie haben aber den Unternehmern auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich die gehinderte Arbeitszeit und einen entsprechenden Mindestlohn erkämpfen würden. Von Vereinbarungen ist gar keine Rede gewesen.

Wie welcher Schärfe die Polizei bisher vorgegangen, zeigt, daß 71 Anzeigen gegen Streitende wegen Übertritt der Streitpostenordnung erstattet worden sind. Das sind zumeist Anzeigen gegen Streitposten, und als „Ausschreitung“ wird solche berechtigte Ausübung des Streitrechts von der Polizei und in den „gutgeführten“ Zeitungen verurteilt. Ferner sind laut Vergrößerung der Stadtrats-Schurig zu verzeichnen: 8 Vergehen gegen § 123 des Strafgesetzes (Widerverlehung), 1 wegen § 26 d. Friedensb. u. § 11, 11 Vergehen gegen § 116 des Strafgesetzes (Auflauf) und 18 Vergehen gegen die verhütteten § 153 der Gewerbeordnung (Drohung, Schreivelzung).

Mit der schon erwähnten Petition einiger Einwohner von Hafelbrunn (so heißt der Stadtteil, in dem der „Schillergarten“ war) überfüllt und wurde polizeilich abgesperrt. Reichstagabgeordneter Goldstein aus Minden hatte das Reichstagabgeordnete Goldstein aus Minden hatte das Verlegenheit der bürgerlichen Presse in Sachen des Blaauener Maurerstreits, wosam Blaauen als ein Mauerstreit erscheine. Die Streitenden sollen „Angst und Schrecken“ verbreitet und als Begleiter Streitposten gestanden haben. Ausfälle könnten in Blaauen nur unter polizeilicher Bedeckung gemacht werden. Das Städtle, was bisher gelebt wurde, sei aber die Hafelbrunner Petition; sie sei nur zum Zwecke der Verhetzung verfaßt worden. Der „Schillergarten“ sollte den Arbeitern genommen werden; sie sollen sich nicht mehr versammeln dürfen, das sei der wahre Grund. Gegen alle diese Angriffe und Unterstellungen müßten die Arbeiter sich wehren. — Für die Distrikton sprachen sich auch einige Nachbarn des „Schillergarten“ recht billigend über die Petition aus, sie befürworten, daß keine einzige Ungehörigkeit vorgekommen sei, seit dem die Arbeiter im „Schillergarten“ verbleiben. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heißt im Saale des „Schillergarten“ von 700 Personen bejubelt. Volksversammlung protestiert aufs schärfste gegen die Verleumdungen und Lügen der gegenwärtigen Presse in Beziehung auf den hier zur Zeit herrschenden Maurerstreit; desgleichen protestiert sie gegen die direkt erfundene Ausführung der Petition aus Hafelbrunn und ist überzeugt, daß die Petition nur den Zweck hat: 1. den Maurerstreit zu diskreditieren, 2. den „Schillergarten“ als Arbeitersheim zu schädigen und 3. den Arbeiterschaft Blaauen das einzige große Versammlungsort zu nützen zu machen.“

Über die mißglückte Werbearbeit einiger Blaauener Streitbrecheragenten wird uns aus Karlsruhe (Württemberg) geschrieben: Die Ortsgruppe Karlsruhe des Verbandes der Bauarbeiter Düsseldorf hält am Sonntag, den 18. Juli, eine zahlreich

besuchte Versammlung ab, und die anwesenden Kollegen konnten die Erfahrung derselben kaum erwarten, denn sie sollten einige Baumeister aus Deutschland kennen lernen, welche nach Karlsbad gekommen waren, um Maurer mit nach Sachsen zu nehmen. Der ganze Vorgang verdient erachtet zu werden: Am Donnerstag, den 16. Juli, kam der Baumeister Gustav Möhring aus Neudorf nach Karlsbad und trieb sich auf den verschiedenen Arbeitsplätzen herum und wollte Maurer nach Blauen werben. Er versicherte hoch und feuer, daß der Streit teilweise zu Ende sei und mit Samstag, den 18. Juli, ganz aufhören werde. Als nun dies der Agitationsskommission bekannt gegeben wurde, befahl die dem Herrn einmal gründlich heimaleuchteten. In den genannten Baumeister wurde sofort eine Karte gesendet, da er wieder nach Blauen zurückgefahren war, in welcher ihm verichtet wurde, daß mindestens 20 Maurer bereit seien, mit nach Blauen zu fahren, wenn er am Sonntag, den 19. Juli, nach Karlsbad kommen würde. Gleichzeitig wurde auch das Streitkomitee in Blauen verständigt. Ein Kollege, der mit dem "Baumeister" bereits gesprochen hatte, wurde beauftragt, ihn von der Bahn abzuholen und in das Vereinsheim zu bringen. Lange vor Beginn der Versammlung waren die meisten Kollegen bereits von Ungefehr erfaßt, weil der Herr Baumeister etwas lange auf sich warten ließ. Endlich, um 12 Uhr, kam der Kollege und meldete, daß nicht nur Brüder, sondern noch zwei Kollegen mit seien und gleich erscheinen würden. Nach kurzer Zeit erschienen auch diese Kerle, und es begann nun das Handeln und Sichseilen mit den anwesenden Bauarbeitern, die dem Scheine nach alle bereit waren, mitzugehen. Die Agenten verabschieden erst 42, dann 44 und endlich 45 Stundenlohn und schlußendlich eine stündige Arbeitszeit. Als man sich endlich geeinigt hatte, stand Kollege Löw auf und rief in einer längeren Auseinandersetzung das Vorhaben der Baumeister von Blauen, dem sich auch Kollege Anschloß. Ein großer tumult entstand nun, und die Herren Baumeister von Blauen hätten bald Bekanntschaft mit den Fäusten der Bauarbeiter von Karlsbad gemacht. Der Lärm pflanzte sich auch auf die Straße fort, wo die Blauerer Gäste von den Kollegen verfolgt wurden, bis sie mit dem Auge wieder unberührter Sache abgesegelt. Allen Kollegen, die von dem Herumtreiben solcher Kreaturen Kenntnis erlangten, diene dies zur Nachahmung.

Aus Bunzlau wird uns geschrieben: Der Stand des hiesigen Ausstandes hat insofern eine für die Ausständigen ungünstigere Wendung angenommen, indem der Magistrat den Unternehmern gestattet, fremde Arbeiter für die Kanalisationarbeiten, die hier hauptsächlich in Frage kommen, zu verhenden, bisher war dies durch Vertragsbedingung verboten; auch für die anderen städtischen Bauten ist eine Zeitherlängerung für die Dauer des Ausstandes bewilligt worden. Es kam daraufhin am 20. Juli ein Trupp von 22 italienischen Maurern hier an, wobei es durch das moderne Vorgehen der Polizei gegen die Streitenden zu tumultuarem Auslaufen kam, trotzdem gelang es uns, den ganzen Trupp des Rechts, zum größten Vergnug der Unternehmer, wieder abzuschicken. Am 21. traf wieder ein Trupp von 25 italienischen Arbeitern hier ein (auch die Bau- und Erdarbeiter sind im Ausland), diesmal gelang es uns nicht, die "Arbeitswilligen" fortzubringen. Unter verstärkter Polizeiacht und Unberechenbarkeit der Unternehmer nebst ihrem ganzen technischen Personal wurden die Ausländer fast vom Zuge in die Landauer und Kremer getragen und in den Besitz der Unternehmer untergebracht. Die Streitbreiter arbeiten jetzt unter politischem Schutz für einen Stundenlohn von 35,- während die streitenden Arbeiter nur 25,- fordern, den italienischen Maurern waren 45,- pro Stunde versprochen worden, während die Ausständigen nur 36,- fordern. Wir richten an alle Leser des "Grundstein" die Bitte, uns vor Zugang bewahren zu helfen, wo es nur geht, noch steht es gut um unsere Sache, die Kollegen sind entschlossen, weiterzutun.

Am Dienstag, den 14. Juli, legten auf dem Neubau des Unternehmers Koß in Danzig zehn Kollegen die Arbeit nieder, weil der Unternehmer sie weigerte, den Lohn von 45,-, ein Teil der Unternehmer längst zahlte, auch zu zahlen, so daß über denselben die Sperrre bewahrt werden mußte. Im Laufe der Woche erklärte sich der Unternehmer aber schon bereit, die 45,- zu zahlen zu wollen, nur seine alten Gefallen, die wie er selber erklärte, thätige Maurer seien, wollte er nicht mehr einführen. Trotz aller Bemühungen ist es ihm leider nicht gelungen, andere Arbeitskräfte zu erhalten. Auch seine Absicht, die Arbeit einem anderen Meister zu übergeben, wurde keinen Erfolg haben, weil durchaus nur die richtige Unternehmerfamilie verdeckt werden soll, so daß er sich wohl wird bequemen müssen, seine alten thätigen Gefallen wieder einzufstellen.

Ganz Berlin. Viele i. d. u. Auf der Kinderheimsanft, Firma Wobau & Krauer, legten am 20. Juli sämtliche Maurer und Zimmerer die Arbeit nieder. Im Mai forderten die Kollegen eine Lohnerhöhung von 35 auf 40,-. Während die Firma der Organisationsleitung mitteilte, daß die Forderung nicht befürwortet werden könnte, erhöhte sie den Maurern und Zimmerleuten den Lohn auf 37,-. Am 14. Juni erhoben nun, die Gefallen aufs neue die Forderung auf 40,- Stundenlohn, und ohne weiteres wurde dieselbe befürwortet. Über die Sache hatte einen Haften. Am 19. Juli war ein großes Fest veranstaltet und berühmte Exzellenzen sollten erscheinen, um bei der Grundsteinlegung eines neuen Unternehmens zugegen zu sein. Sollte das Fest gelingen, mußten die ersten Gebäude der Anstalt gerichtet werden, so daß es das Festprogramm vor. Als nun am 20. Juli die Leute zur Arbeit erschienen, erklärten ihnen die Baumeister, wer nicht für 35,- pro Stunde weiter arbeiten wolle, der könne aussöhnen. Beteiligt sind an der Spur 29 Maurer und 19 Zimmerleute. - In Wittenberg erging auf dem Bau des Konditors Witte legten die Maurer die Arbeit wegen schlechter Behandlung durch den Bauherrn nieder. Der Mann tödt wie ein Bestieher und täglich schimpft er die Maurer saule Kerle. Der Meister erklärt, daß die Maurer ihm als sehr thätig und fleißig seit langen Jahren bekannt sind, die Urfäden den übermenschlichen Anforderungen des Bauherrn, wie auch in seinen ungeheuerlichen Umgangsformen. - Görlitz a. d. O. Meister Wille hat die Forderung der Gefallen: "Sonntags um 6 Uhr Feierabend, ohne Beperkung", befürwortet. Wiehagen hat sich wohl bereit erklärt, diese Bedingung für die Bauten in Schwedt ebenfalls anzuerkennen, aber die Vergünstigung, die für Bauten seit länger Zeit üblich

ist: Beginn der Arbeitszeit Montags früh 7 Uhr und Sonnabends Feierabend um 4 Uhr, hat er nicht befürwortet. Es besteht deshalb die Differenz weiter, und sind die Bauten Wiehagen zu meiden, insbesondere der Rathausbau in Bautzen. Die größte Hoffnung liegt der Herr auf die Maurer des angrenzenden polnischen Bezirks. Es werden die in Frage kommenden Zweigvereine gebeten, mit dafür zu sorgen, daß die Hoffnung Wiehagens, "Arbeitswillige" aus diesem Bezirk zu erhalten, nicht in Erfüllung geht. Die Spandauer Organisationsleitung hat auf der Arbeitsergebnisverhandlung die Kürze gerichtet, ob es geneigt sei, auf der Grundlage: Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung, in Unterhandlung zu treten. Die Antwort ist zustimmend, und werden die Unterhandlungen nun eingeleitet werden.

Die Unternehmer in Stendal haben sich bereit erklärt, die Ausperrung der Maurer aufzuhören, aber sie haben recht sonderbare Bedingungen davon geknüpft. Die Maurer sollen sich nämlich dort, wo die Bauarbeiter streiken, das Material selbst heranholen. Die Maurer werden Unternehmern aber was - hinsten. Die Herren Meister werden sich schon herbeilassen müssen, sich mit den Hilfsarbeitern einzigen weiter verlangen die Unternehmer, die abgerechnet verbleibende Maurer sollen möglichst binnen zwei Tagen nach Stendal zurückkommen, um die hiesige Geschäfts- und Handelswelt vor weiteren wirtschaftlichen Schäden zu schützen. - Vor Thüringia stand es ganz anders. Als im Frühjahr die Arbeitsgelegenheit noch flau war, wurde den verhoreten Maurern die Arbeit geistig vorbereitet und zuversichtliche Gefallen wurden eingekauft. Nunmehr werden ja die verhoreten Maurer ihren lieben Meistern ganz gefällig sein und "die Handels- und Geschäftswelt vor weiteren Schäden schützen helfen", wenn die Gefallen nur bestreden sind. Ruhe und Frieden zu füsten und zu halten.

Noch ein weiteres Verlangen haben die Meister: Die Maurer sollen sich verpflichten, während der "Vertragsdauer" keine weiteren Forderungen zu stellen.

Auch damit haben unsere Kollegen sich einverstanden erklärt, in der Voraussetzung, daß die Meister den berechtigten Wünschen der Bauarbeiter entgegengenommen und wenn vom Meister die Vertragszeit verlängert wird, um die Ausperrung verzerrt ist eine Bestimmung zu gestalten wird, wosich der Lohn für das nächste Jahr um 2,- pro Stunde erhöht wird.

Die Ausperrung in Barby (die Unternehmer verlangen: die Gefallen dem Verband der Mäden lehren) diente in diesen Jahren kaum beendet werden. Zur Feststellung der wenigen Arbeit fehlten den Unternehmern einige "Arbeitswillige" zur Verfügung. Unsere Kollegen hingegen arbeiten in größeren Städten zu wesentlich besseren Bedingungen als in Barby.

In Merseburg, wo unsere Kollegen sich seit längerer Zeit mit dem Gedanken tragen, die zehnstündige Arbeitszeit und 40,- Stundenlohn einzuführen, haben einige auswärtige Firmen Arbeiten an der Bahnunterführung übernommen, und was die Merseburger Unternehmer nicht wollen, das haben die auswärtigen ohne großes Sträuben getan: die zehnstündige Arbeitszeit und 40,- Lohn sind für Tafelache geworden. Alles gegenteilig: Reden der Merseburger Unternehmer hat nichts gebracht. Einen kleinen Konflikt gab es aber doch schon bei den Bahnarbeiten, und zwar wegen der Bauhöhe. Auch dieser ist zu Gunsten unserer Kollegen beigelegt worden.

Die Differenzen mit dem Unternehmer Mehe in Dessau bestehen noch. Der Unternehmer halte verhört, die Forderung der Gefallen: 40,- Stundenlohn und Errichtung einer Baubude, zu erfüllen. Aber Herr Mehe hat sein Versprechen nicht gehalten. Der Bau ist gesperrt.

## Versammlungen und sonstige Bewegung.

### Gau Stettin.

#### Bericht des Gauvorstandes über das 2. Quartal 1903.

Das zweite Quartal des Jahres 1903 zeigt eine leichte Besserung im Einvernehmen. Dennoch ist unsere Bewegung im großen und ganzen mehr auf die Abwehr von schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgerichtet, als auf eine Aufhörfierung derselben, die nur annehmen den berechtigten Sündigen entspräche. So müßten die U. F. I. A. M. e. R. Kollegen hier berechtigten, schon oftmals ausgewählten Wünsche anzufordern, wogen der ungünstigen Arbeitsverhältnisse. Auch auf dem Wege der Verhandlungen war von den Unternehmern bisher nichts zu erzielen. Man trostet und trostet, aber an eine Besserung denkt kein Unternehmer. Im Mai hatten die Bauarbeiter einen kleinen Strauß mit den Unternehmern auszufechten. Unsere Kollegen handelten nach dem Kartellvertrag. Jetzt liegen die Zimmerer im Streit. Einige Kollegen sind in Mitleidenschaft gezogen, und nur zu gerade es sich die Unternehmer, wenn die Maurer insgeheim die Arbeit niedergelegt. Es wäre jedoch töricht, einen Streit anfangen um eine Forderung, die bei günstiger Situation auf dem Wege der Verhandlung erreicht werden kann. Es sind in Anklam bedeutende Unleihen genehmigt, die zu öffentlichen Bauten und Kanalisationarbeiten verhendet werden sollen.

Im Köslin ist es bei der Kündigung des Vertrages geblieben. Die Verhandlungen mit der Firma zeigten, daß auf Seiten der Unternehmer keine Neigung vorhanden, den Lohn zu erhöhen. Gegen die 1½-stündige Mittagspause hatten sie nichts, doch soll die zehnstündige Arbeitszeit beibehalten bleiben. Auch die immer noch nötigen Anträge auf bessere Bausublen und Aborte usw. werden damit abgelehnt, daß man das "gute" alte beibehalten will. Auch hier mußte der Unkund der Verhältnisse Rechnung getragen und auf bessere Zeit gewartet werden.

Im Greifenhagen wird der Erfolg aus dem Frühjahr nicht ausgenutzt, beginnt weiter verfolgt. Neuester Land ist man in der Agitation.

In Gaffelfeld (Barker Dönhofbezirk) sind es die Ge trennen aus der Grünwalder Ede, die bei dem Baumeister erklärten, den Raum zu verhendern machen. Unsere Kollegen sind anderweitig untergebracht.

Im Pribis haben sich jetzt trotz der 1898-1900 be wiesenen Fertigkeit zwei Lager gebildet. "Sie Gewerk - die Verband", heißt es. Und so weit geht der gegen seitige Haß, daß man den Vorständen unseres Zweigvereins aus der Arbeit drängt, wenn sich Junggefallen in den Verband aufzunehmen lassen, ohne daß sie sich beim Werk abfinden". Letztlich wurden fünf Gefallen die Lehrbücher vornehmen. Ein Mitglied des Gefallenausschusses erklärte: "Wenn Ihr

es 12 bezahlt — so viel kostet das, Wölfen — dann werden wir das Weitere besorgen." Nicht nette Pflanzen! Arbeitsgelegenheit ist hier genug, aber unter solchen Umständen ist an kein Ausnutzen zu denken.

Die Sowinmünder Bewegung ist durch die Badeaktion zum Stillstand gebracht, zum Abschluß noch nicht. Die Streitenden sind bis auf wenige bei austwärtigen Unternehmern untergekommen, die die kleine Forderung bewilligen und sehr dabei fahren. Die Italiener lagen einige Zeit auf der Grundlage: Verkürzung der Arbeitszeit und dementsprechende Lohnerhöhung, in Unterhandlung zu treten. Die Antwort ist zustimmend, und werden die Unterhandlungen nun eingeleitet werden.

Für Stettin brachte der Sommer wieder alles Erwarten gute Arbeitsgelegenheit. Es war auch Zeit, damit die Kollegen von der langen Arbeitslosigkeit wirtschaftlich erholen konnten. Zur ersten Halbjahr sind 106 Bauernläufe ausgeführt, darunter eine für eine Gemeindebrücke und eine für ein Verwaltungsbüro der Landesversicherungsanstalt. Leider ist ein großer Teil der Arbeit schon fertig. Der Ausführung steht auch in seinem Verhältnis zur Nachfrage nach Arbeit. So meldete der Grußbegriffverein, daß im Frühjahr 1000 Wohruntern leer standen. Ein starker Zugzug kann nicht bekommen sein, denn laut Jahresbericht der Stettiner Kaufmannschaft sind wohl 56.000 Personen mehr eingeführt als 1901, dagegen über 180.000 Loaßen weniger eingeführt. Auch im Schiffbau und anderen Industriezweigen ist von einem besonderen Aufschwung nichts zu merken. Dagegen wird sich von der Einführung einer neuen Bauordnung viel verschaffen. Man weiß noch nicht, wie sie aussehen soll, nur so viel steht fest, daß einige ein gefundene Wohnungen bedingende Bestimmungen darin enthalten werden. Daher läßt sich der Ausführung erläutern. Die Grundstücksspekulanten fürchten für den Profit. Auch mag sich jetzt das Baubürozentrum breiten. Auf einigen Stellen fiel der Lohn aus. Die gute Bautätigkeit könnte anhaltend sein, wenn gleichzeitig in der Altstadt eine durchgreifende Sanierung vorgenommen würde. Über damit hat es gute Wege.

Strelitz erhält nun endlich den neuen Bahnhof. Es werden hierbei viele Männer gebraucht, und kommt das durch etwas mehr Leben in die Umgebung.

In Woldenberg hat sich der Unternehmer Koß nach einstiger Spezere bequemt, ebenfalls die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen. Diese ist hier nunmehr überall eingeführt. Damit Herr Koß etwas liebenswürdig wird, wäre ihm einiges Umgang mit Menschen sehr zu empfehlen. Neu gegründet ist am 26. April 1903 die Zahlstelle Wölkisch. Dort werden die Kollegen einen harten Stand haben, aber auch die genügende Ausdauer. Sonst ist alles in allem nicht viel Erfreuliches zu melden. In Orien, wo die Leitung in energetischer Hand liegt, da geht es vorwärts, in anderen dagegen ist Stillstand, ja, auch Rückgang zu merken.

Die Kollegen in Wöllin haben in einem Bericht in Nr. 28 gegen mich drei Vorwürfe schärfer Art erhoben, die ich hiermit richtig stellen resp. zurückweisen will. Die Geschichte mit der halben Million muß auf ein Missverständnis der Wölliner Kollegen zurückzuführen sein und als solches will ich's gelten lassen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß mir mit den Einrichtungen und den Erfolgen der Organisation nicht hinter Berg zu halten braucht, wenn es gilt, den Unterschied zwischen einer starken Organisation und einem Klindimbieren klar zu legen. Wer mich kennt, weiß, daß ich nicht mit dem Geldbeutel an die Wand stelle, um Effekt herzurufen. Die Organisation ist soviel vorgeschriften, daß sie nicht zu kämpfen braucht, um zu kämpfen. In Ruhe kann jederzeit gewarnt werden, bis die Saat reift. Die Geschichte mit der halben Million gewinnt auch sofort einen anderen Anstrich, wenn man die Tafelache berücksichtigt, daß der damalige Vorsteher August Rohr in Bezug auf meine Anteilnahme zu den übrigen Verwaltungsmittelgestaltungen sagt: "Der ist nur zum Bremsen da." In der Versammlung, in der der Streit befohlen wurde, waren von 52 Mitgliedern nur 24 anwändig. Ich habe festgestellt, daß 25 Kollegen in Arbeit waren und 27 arbeitslos. Der Streit durfte deshalb nicht beschlossen werden, und ich habe auch davon abgeraten, aber meine Warnung blieb ungehört, und der Streit wurde beschlossen. Da mußte nur natürlich flüchten, wer vorher nicht hören wollte. Die Behauptung, daß ich nach dem verunglückten Streit nicht mehr um die Wölliner Kollegen gekämpft habe, entbehrt der Begründung. Ich habe den Käffier Dreiss zweimal ersucht, eine Versammlung einzuberufen, zu einer einer Zeit, wenn alle Kollegen arbeiten würden. (Der Vorsteher und einige Kollegen arbeiteten auswärts.) Am 17. oder 18. März habe ich auf dem Wege nach Danzig den zweiten Vorstand ersucht, eine Versammlung einzuberufen. Auf Verfeind warnte ich noch heute: Bei dieser Gelegenheit würde mir von mehreren Wölliner Kollegen berichtet, daß Bietigehaus Maurer zu 35,- Stundenlohn einstelle. Das also der Sachverhalt. Sonst freut mich der Bericht, er beweist, daß die Kollegen aufdringen, und da werden sie wohl zur Einsicht kommen. Muße und Besonnenheit hat unsere Organisation gemacht, was sie ist. Und so wird's bleiben!

Wilhelm Schauer.

In Abenberg fand am 5. Juli eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der nach einem Referat des Kollegen Peterl aus Nürnberg die Gründung eines Zweigvereins vorgenommen wurde. In Abenberg befand bisher eine Zahlstelle des Zweigvereins Schwabach, die aber nunmehr in einen selbständigen Zweigverein mit zunächst 25 Mitgliedern umgewandelt wurde. Der Zweigverein wolle wohl auf mehr als 100 Mitglieder zu bringen, wenn die Kollegen nur einmal in die Versammlung kommen möchten. Der unablässige Agitation des Käffiers, Kollegen Windisch, ist es gelungen, in zwei Wochen zehn neue Mitglieder dem Verband einzuführen und es ist Hoffnung vorhanden, daß es ihrer bald mehr werden. In diesem Frühjahr hat der Geschäftsgang in Nürnberg, Schwabach, doch ein Sand ist ein sehr flauer, so daß hier viele organisierte Kollegen auf dem Lande circa eine Stunde von Abenberg Arbeit suchen aufzufliegen. Hier war bisher eine elf- und zwölfstündige tägliche Arbeitszeit üblich, wofür ein Tagelohn von M. 2,70 bis M. 2,80 gezahlt wurde. Den organisierten Kollegen auf dem Lande circa eine Stunde von Abenberg Arbeit suchen aufzufliegen. Hier war bisher eine elf- und zwölfstündige tägliche Arbeitszeit üblich, wofür ein Tagelohn von M. 2,70 bis M. 2,80 gezahlt wurde. Den organisierten Kollegen auf dem Lande circa eine Stunde von Abenberg Arbeit suchen aufzufliegen.

Die alten Gesellen wollten zwar zuerst nicht mitmessen, sie stoppten sich bedächtig ihre Peisse, wenn es freitagsend war und sagten dann zu den jungen Kollegen: „Wir wollt wohl den Meister zumieren? Nein, das tun wir nicht.“ Wenn aber jetzt das Beichen zum freitagsend schlägt, legen sie auch ihr Geiss nieder und verlassen ganz angestellt die Baustelle. Hoffentlich gelingt es, durch die immer mehr wachsende Einigkeit die Organisation so zu stärken, daß sie im Januar wieder wird, den älteren Kollegen noch einige gute Jahre zu beschaffen.

Der Zweigverein Berlin hält am 15. Juli im „Grand Hotel“ Alexanderplatz seine ordentliche Generalversammlung ab. Den Rassendericht für das zweite Quartal erstattete der Kassierer Emil Lehmann. Danach betrugen die Einnahmen der Zahlstellen und Sektionen M. 66 018,91, die Ausgaben M. 11 671,25, also Vorsatz verbleiben M. 48 842,66. Die Einnahmen des Zweigvereins betragen, einschließlich des alten Bestandes von M. 74 869,68, insgesamt M. 147 631,11, die Ausgaben, darunter M. 8321 für Gemahrgeländeunterhaltung, M. 8558 für Materialsperrre, M. 1616 für Materialfreigabe, für die Haushaltierung M. 194,56, für Unterhaltung anderer Berufe, die sich im Streit befanden, M. 850, für Prozesse der verbrauchten Materialien an den Zahlstellen und Sektionen M. 10 919,14, an die Hauptstelle M. 44 012,55, insgesamt M. 79 155,35, so daß ein Kassenbestand von M. 68 475,76 in der Zweigvereinskasse verbleibt. Ausgeschlossen wurden im zweiten Quartal 8 Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf folgte eine ausgedehnte Diskussion über die einzelnen Bestimmungen des neuen Ortsstatuts für den Zweigverein; dasselbe wurde schließlich in der Form, wie es vom erweiterten Vorstand ausgearbeitet war, in seiner Gesamtheit angenommen und waren hiermit alle dazu gestellten Anträge abgeschlossen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus Bielefeld wird uns berichtet: Die Entwicklung und Tätigkeit des hiesigen Zweigvereins hat sich etwa in folgender Weise gefasst: Am Schluß des Jahres 1902 zählte unser Zweigverein 287 zahlende Mitglieder, diese Zahl mag manchen Kollegen mäßig erscheinen, doch wer die hiesigen Verhältnisse kennt, muss sagen, daß es sich gegen früher gegeben hat. Im letzten Jahr wurden 80 Kollegen dem Verbande zugeschlagen, dies kommt daher, weil zum größten Teil die meisten Maurer von auswärts kommen, wenn Bedarf danach vorhanden ist, die dann zum Winter wieder in ihre Quartiere eintreten. So ist auch in diesem Jahr wieder auf dem Gebiete der Organisation ein ersterlicher Fortschritt zu verzeichnen. Bis zum Schluß des 2. Quartals wurden 187 Kollegen dem Verbande zugeschlagen, so daß sich der jetzige Mitgliedschaftsstand auf eine Höhe von 550 gehoben hat, allerdings sind die Mitglieder der beiden früheren Zweigvereine Braknehe und Schwelde, welche mit dem Zweigverein Bielefeld verschmolzen sind und 70 Mitglieder hatten, in dieser Zahl einbezogen. Es wird vornehmlich die Hausagitation betrieben, denn was noch an unorganisierten Kollegen vorhanden ist, ist meistens so isoliert, daß die Organisatoren damit gar nicht in Verbindung kommen; die Unorganisierten haben sich bei einzelnen Unternehmen zusammengefaßt und bilden da begreiflicherweise die Mehrheit. Wenn nun hier oder da ein paar organisierte Kollegen dazwischen kommen, so können sie nicht viel ausrichten oder sie werden von dortherin angezogen und werden dann bei der ersten befreit sich bietenden Gelegenheit abgeschoben. Wie nun bei den betreffenden Unternehmen die Lohn- und Arbeitsbedingungen aussehen, das mögen sich die Kollegen selbst ausmachen, denn die betreffenden Unternehmen haben auch die Elitetruppe der Bielefelder Maurer von der Schreiter, und wir haben keine Veranlassung, für diese Leute die Kostenreim aus dem Feuer zu holen. In der Ansicht Biebel, die ja bekanntlich ein Königreich für sich bildet, haben sich ganz eigenartige Verhältnisse eingebürgert. Es werden dort sämtliche Maurerarbeiten im Stoff ausgeführt, und es liegen circa 80 Maurer dort in Beschäftigung; die meisten davon sind Bobelwähnender Couleur und gehören dem sogenannten blauen Kreis an; nur etwa 15 Kollegen gehören dem Verband an. Das Kolonnenwerk ist dort in schönster Ordnung, während die Kostenreim aus der einzigen Baulinie verteilt sind und wird auch wohl den Bielefelder Maurern lange im Gedächtnis bleiben. Gleich in seinem Ansangststadium mußte über ihn die Spur verhängt werden. Der Oberbau wird von einem anderen Unternehmen ausgeführt. Die Kollegen, die die Stelle haben, daran zu arbeiten, sind sich keinen Tag ihres Lebens sicher; es sind dort seit diesem Frühjahr nicht weniger als vier Betonladeeinheiten vorgetragen. Bei dem ersten Einfluß waren es etwa 200 m<sup>2</sup>; die anderen drei Einflüsse sind erst in jüngerer Zeit erfolgt und haben das Betreten des Bauwerks gefährlich gemacht. Bei dem Aufstellen der großen eisernen Binder zum Dachstuhl ist der Standbaum gebrochen, und ein Binder von oben in den Bau gestürzt, wo er mehrere tausend Mark Schaden anrichtete. Menschenleben sind bei all diesen Einschlüssen glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Unfälle sind bis jetzt jedoch dort festgestellt, zwei der verunglückten Personen müssen in das Krankenhaus überführt werden. Die Ursachen der Unfälle sind in der Überbelastung der Arbeit und in der ungünstigen Abdeckung zu suchen. Kollegen, die solche Misshandlungen in der Versammlung vorbrachten, wurden unter dem Vorwande, es mangle an Sandsteinen, entlassen. Die übrigen Kollegen sind hierdurch ziemlich zurückhaltend in der Auflösung von Unfallstellen und sonstigen Misshandlungen geworden. Auf den Baustellen sind ständig zwei Bauführer, und bei städtischer Maurer, der die Baupolizeiordnung erledigt hat, kommt fast täglich. Aber Misshandlungen können diese Beamten nicht entkräften. Es steht sich noch viel mehr von Misshandlungen anführen, dies würde aber zu weit führen. Die Baustellentätigkeit ist jetzt im Hochsommer etwas ruhiger geworden. Im Frühjahr sahen es, als wenn sich ein reges Baujahr vorbereite. Über die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Im Monat April haben wir den Unternehmen eine Forderung von 48 Stundenarbeitslohn und verschiedene kleinere Verbesserungen des Arbeitskrisis angezeigt, familiäre Forderungen sind aber von den Unternehmen abgelehnt worden und wir haben den geplanten Zeitpunkt noch nicht für getroffenen erachtet, umfassen Forderungen Geltung zu verschaffen. Anscheinend, um den hiesigen Maurern die Sicherheit zu verleihen, hat sich der hiesige Hauptbahnhof,

möglicher Altbahnhof, der circa 200 Gesellen beschäftigt. 50 Italiener berichteten, die als intelligente Arbeiter seines der Baustelle angepriesen wurden. Wer aber Gelegenheit hatte, mit diesen „Arbeitswilligen“ zusammen zu arbeiten, kann als solche sind sie zu betrachten (es ist nämlich eine ganze Anzahl darunter, die in Halle a. d. S. während der Aussperzung unteren dortigen Kollegen in den Rücken gefallen ist), der muß sagen, mit solcher Intelligenz sind keine Vorberater zu prüfen. Es ist uns ja gelungen, die bestreiten davon der Organisation auszuführen, ob es aber von Dauer sein wird, muß die Zeit lehren. Von einzelnen Unternehmern wird immer noch versucht, den Lohn unter dem vereinbarten Satz herabzudrücken. Aus diesem Grunde haben auch bei zwei Unternehmen Arbeitsleiderlegerungen stattgefunden, die aber durch die Wohnkommission geregelt wurden. Der Versammlungsbesluß aus einjähriger genannt werden, die meisten Kollegen glauben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, dann ihre Pflicht erfüllt zu haben. Die Kollegen sollten doch aus der ganzen Sache ersehen, wie notwendig es ist, sich über unsere Lage klar zu werden. Es müssen noch viele Opfer gebracht werden, um auch nur annähernd kostbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, die für uns befriedigend sind. Darum ist jedes Kollegen heilige Pflicht, in erster Linie für die Organisation zu sorgen, damit wir endlich auch in Bielefeld sagen können, „wir haben den letzten Mauren der Organisation zugekehrt“.

Die Generalversammlung des Zweigvereins Bremen haben tagt Dienstag, den 14. Juli. Nachdem das Vorposten der letzten Versammlung und die Namen der neu bezeichneten Mitglieder verlesen, erhielt der Kassierer den Bericht über die Haftverhältnisse vom zweiten Quartal. Derselbe zeigte einen recht erfreulichen Stand, indem aus dem Bericht zu erkennen war, daß sämtliche Kollegen, mit wenigen Ausnahmen, ihre Beiträge bis zur letzten Woche bezahlt haben. Den Dokumenten wurde für die getroffenen hohen Ausübung ihres Amtes allgemeine Anerkennung zu teilen. Die Einnahme erreichte eine Höhe von M. 4580; demgegenüber steht eine Ausgabe von M. 1559,90 für lokale Spende und Unterstützungsgebe. Hier anschließend gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung. Es haben stattgefunden, sieben Vorstandssitzungen, drei Baubegutachtungen und eine Gesellenausbildung, ferner eine öffentliche, eine Generals-, eine außerordentliche und vier Mitgliederversammlungen. In der öffentlichen Versammlung beschäftigte man sich mit dem Vorgehen der Unternehmer, welche es nicht unterlassen konnten, die Gesellen nogen Einnahme an der Meisterschaft zwei Tage auszuüben. Von weiteren Maßnahmen hiergegen wurde Abstand genommen und den Kollegen eine angemessene Unterstützung zugesagt. Betriebs der Agitation wurde konstatiert, daß bis auf wenige Ausnahmen sämtliche Maurer in den Unternehmern dem Verbande angehören. Auch auf dem Landseiter in größerer Entfernung haben die einzelnen Kollegen gut für die Sache agitiert und sind bedeutende Erfolge erzielt worden. Neu aufgenommen sind 166 Mitglieder. Die Korrespondenz hat infolge der sehr Reibungslosen einen großen Umfang angenommen. Zur dritten Punkt wurde die Wahl eines ersten und zweiten Kassierers vorgenommen. Um die Kollegen von den Unterschieden, welche mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, zu befreien, wird in allerhöchster Zeit ein Bureau errichtet, worin sämtliche Arbeiten für die Organisation verrichtet werden. Auch wurde die Anstellung eines besoldeten Sekretärs in den Kreis der Trösterungen gezogen, da aber die Fluktuation in unserem Orte eine sehr starke ist und man nicht mit Bestimmtheit vorhersehen kann, wie lange die gute Konjunktur anhält, wurde dieses Projekt bis auf jene Zeit verschoben. Hierauf erhielt der anstehende zweite Generalvorsitzende, Eggington aus Hamburg, das Wort. In einflussreicher Rede führte er den Kollegen die Entstehung und die heile Bedeutung seines Berufes den Augen der Organisation vor Augen. Auch machte er auf den gewaltigen Aufwand, den das zweite Unternehmen in diesem Jahr gegen den Verband in Szene setzt, aufmerksam; doch, meinte der Redner, es würde ihnen höchst nicht gelingen, die lampenföhre, bis ins kleinste Detail, wohlgeordnete Organisation zu zerstören. Nachdem im Punkt „Verschiedenes“ noch einige interne Angelegenheiten getrefft waren, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Aus Danzig wird uns berichtet: Bei er nicht sozialdemokratischer Werbung wolle, wurde der Maurer Joh. Hallmann von dem Maurer Franz Witte bei der Arbeit überfallen, am Halse gerettet, so daß er stark blutete, und mit Steinen beworfen. Hallmann hatte mit Witte zusammen auf einem Neubau in Neukölln gearbeitet und vor Witte öfters aufgefordert worden, dem sozialdemokratischen Maurerverband beizutreten, was H. jedoch immer mit dem Argument zurückwies, daß ihm religiöse Rücken, er sei Katholik, dies verbieten. Aus Bosheit über die Werbung hat Witte dann den Hallmann überfallen. Wenn die Sozialdemokratie auf diese Weise ihre Anhänger wirkt, kann es ja noch recht nett werden! Vorstehende Notiz ging dieser Tage durch die hiesigen Zeitungen: Hallmann, der mit noch sechs Kollegen des Verbandes, an der Kirche in Neukölln in Altona arbeitete, sagte zu dem Kollegen Witte, der, wie seine Kollegen sagen, ein tüchtiger Arbeiter ist, am Sonnabend, den 11. Juli, daß ein Junge gerade so viel arbeitet wie er, worauf Witte entgegnete, wenn er (Hallmann) so viel macht als er, könne er aufziehen sein. Am Montag ging nun Hallmann, der, wie sämtliche Kollegen erklären, total betrunken war, mit unserem Mitgliedern Blanke an zu jagen und hielt ihm vor, daß sein Bogen nicht strafe (nicht genau nach der Fluchtlinie gemauert sei). Kollege Blanke würdigte ihn natürlich keiner Antwort, worauf Hallmann ca. 15 Minuten auf ihn mit allerlei provozierenden Fleckenarten einschlug, so daß sich der Polizei gegenwährenden Maurer beschwerte, denselben vom Bau zu weisen. Hallmann befahlte die Beleidigung des letzten Jahres im Vergleich zu den früheren Jahren. Den Herren Unternehmern ist das Verhalten der Kollegen in der bisherigen Weise gerade recht. Wissen Sie doch ganz genau, daß Sie bei solchen Organisationsverbündeten immer in der Lage sein werden, die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen nach Ihren Erwünschen einzurichten. Nun, wir wollen hoffen, daß auch für Freiburg einmal die Zeit kommt, wo die Kollegen, gestützt auf eine starke Organisation, in der Lage sein werden, ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Seit drei Jahren herrscht in Freiburg eine so rege Baustellentätigkeit, wie sonst in keiner badischen Stadt und da ist es Pflicht der Maurer, dafür zu sorgen, daß sie auch in Bezug auf die Gestaltung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen ein kräftiges Wort misprüchen können.

Eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins Görlitz fand am 7. Juli statt mit der Tagesordnung: „Die neue Baupolizeiordnung und die neue Gerichtsordnung“. Der Vorsitzende, Kollege Höfer, beweist die Interessengleichheit des Mitglieders gegenüber einer so wichtigen Tagesordnung, ins-

troffen und sogte außerhalb der Bude zu ihm, ihn dabei auf die Schulter fassten: „Wir Dir werden wir es schon auspacken“, worauf Hallmann seiner Wege ging. Das Vorlesemate wurde beim Schließen der Bude von einem Lehrer gefunden. Außerhalb des Bauwerks nimmt Witte nun ein Steinmädel und wirkt auf dort gelagerte Boller, ohne jemand zu treffen oder auch nur treffen zu wollen. Auch sagen andere Kollegen, daß Hallmann dies infolge der Entfernung gar nicht bemerkt haben kann. Am Mittwoch Morgen packt nun Hallmann sein Gejahr zusammen und beruft den Bau, geht zur Polizei und macht dort die oben aufgetretenen Angaben. Um 10½ Uhr Vormittags kamen dann zwei Polizeibeamte und berichteten den Kollegen Witte, um ihn erst am 17. Juli, Mittags, wieder zu entlassen. Wie es scheint, schmeißt es auch der hiesigen Polizei, daß Damals nicht durch einen sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag vertreten ist (leider nicht), indem sie auf die Angaben eines beratig veranlagten Menschen ohne weiteres Witte verhaftet, der wohl, weil er dem Zentralverband angehört, sozialdemokratisch anfällig ist. Weiter leuchtet die Notiz, aber auch in den Schnupfblättern der christlichen Blätter hinein, die auf diese Art und Weise Material erhalten, um über den Terrorismus des Zentralverbandes zu mäumeren zu können.

Im „Erian“ in Dresden tagt Donnerstag, den 16. Juli, Abends 7 Uhr, eine große öffentliche Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Friedrich die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Es war eine Einnahme von M. 55 328,82 zu verzeichnen, die eine Ausgabe von M. 51 810,65 gegenüberstand. Es ist somit ein Überschuss von der Lohnbewegung resp. Aussperzung von M. 4017,87 herausgesprungen, eine Summe, die mit dem Kassenbestand vom 1. Quartal ein Vermögen von M. 18 004,62 ausmacht. Gestreift haben resp. ausgespart waren vom 1. Januar bis 10. Juli 2135 Kollegen bei einem Festtagenanteile von M. 48 048,89. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des 2. Quartals 8697, und durch damit wohl ihren Höhepunkt erreicht haben, denn es kommen nur noch circa 50 Maurer in Frage, die dem Verbande nicht angehören. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Friedrich Berlin über das Thema: „Der steigende Einfluß der Gewerkschaftsorganisation“. Der Referent berichtet mit seinen Ausführungen den anwesenden Kollegen richtig vor Augen zu führen, wie schwer die einzelnen Organisationen unter dem Ausnahmegericht zu kämpfen gehabt haben, wie sie unterdrückt und drangsaliert wurden und wie dadurch die Zahl der organisierten Arbeiter unter dem Ausnahmegericht von 35 000 bis auf wenige zurückging. Alle aber das Ausnahmegericht gefallen, haben sich auch die Gewerkschaften einer gefundenen Entmischung zu erfreuen und sind sie in stetigem Wachstum begriffen. Auch durch das Unterstützungsverein haben sich die Organisationen großen Einfluß verschafft. Die Arbeitslosenunterstützung, so führte der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestärkt werden, ehe sie bei den Maurern eingeführt werden könnte. Die Ausgaben für Gewerkschaftsorgane seien, um jeden Arbeiter aufzulockern, sehr richtig und zweckmäßig angeendet worden, denn jeder Arbeiter müßte vor allen Dingen die politischen und Leitartikel durchstudieren, da die Arbeiter im allgemeinen noch sehr in der Bildung zurückstehen. Daß die Organisation an Einfluß gewinnt, sei auch dadurch zu erkennen, daß überall dort, wo die Organisation eine feiste ist, die Unternehmer gespannt sind, mit den lokalen Verträgen abzuschließen, aber dort, wo es die Arbeiter nicht für notwendig halten, sich der Organisation anzuschließen, feien Arbeitszeit und Lohn schlecht. Als der Redner weiter aus, müßte sehr gegensteck auf die Maurer wirken, aber es müßte vor allen Dingen die Kräfte bedeutend gestär

dem die Versammlung schlecht besucht war. Kollege Taubadel nahm hierauf das Wort zu der neuen Baupolizeiverordnung und Gerüstförderung. Er führte aus, daß die neue Verordnung wohl etwas Besseres bieten könne. Redner unterzog die einzelnen Paragraphen einer eingehenden Kritik. Von § 12 heißt es: Das Aufstellen von Holzlöchern zum Ausrichten der Bauten ist in Räumen, so lange in den derselben gearbeitet wird, ungültig. Ausnahmen können bei ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen von der Polizeibehörde gestattet werden. Taubadel meint, daß solche Ausnahmen bei der Polizei immer möglich sein werden. Ferner heißt es im § 12: Innearbeiten dürfen zur Winterzeit nur nach Anbringung dichtschließender Fenster vorgenommen werden. Unsere Unternehmer werden nun unter Winterzeit nur die Zeit verstreichen, wo die allergrößte Kälte herrscht und es so wie so unmöglich ist zu arbeiten. Unsere Forderung ging dahin, daß Neubauten, in denen gearbeitet wird, vom 1. Oktober bis 1. April durch Berater abgeschlossen sein müssen. Es war bereits vor mehreren Jahren ein diesbezüglicher Antrag der Öffnungsamt an den Magistrat gestellt worden, worauf ein Sachverständiger, der Kreispolizeipräsident Dr. Braun, das mehrfach bestätigt wurde: Zugluft sei nur bewegte Luft und somit nicht schädlich. § 14 behandelt die Baubuden, auch mit diesen können wir nicht zufrieden sein. Kollege Taubadel befürchtet diesen Paragraphen und stellt dem gegenüber die Wünsche, die die Arbeiter an eine vernünftige Baubude stellen. Vergleiche man die neue Verordnung mit diesen Forderungen, so sieht man, daß man den Wünschen der Arbeiter nur in geringem Maße entsprochen ist. Was die Arbeiter anbetrifft, so ist hierin viel von dem Unternehmertum geschildert worden. Beim Bau der Lutherkirche wurde ein Abort von 60 bis 80 Personen benutzt und während der Dauer des Baus innerhalb zweier Jahre nicht ein einziges Mal gereinigt. (!!) Die neue Gerüstförderung ist als sehr gut zu bezeichnen. Doch was mußt eine noch so gute Verordnung, wenn die Kontrolle fehlt. Wir verlangen, daß Kontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt werden, wie dies zum Teil schon in Bayern geschehen ist. Auch in der Zukunft wird sich unsere Baupolizei weniger um die Kontrolle kümmern, wenn nicht für vorwiegende Herstellung gefordert wird. Wir sind somit wieder auf uns selbst angewiesen. Suchen wir auf die Postkarte einzutragen, daß sie etwaige Unzulänglichkeiten, und wenn dies nichts hilft, dann ist an die Vorstände der betreffenden Gewerkschaften zu berichten. In der Diskussion schlägt Kollege Schäfer eine Kontrolle seitens eines Polizeibeamten. Als derselbe den Bau betrachtet, rief ihm der Baumeister zu: „Na, Herr Baumeister, kommen Sie kontrollieren?“ Ja dann kommen Sie nur heraus!“ worauf der Baumeister rief: „Ach, Das ist mir zu hoch!“ So werden in Görlitz die Bauten kontrolliert. Der Vorsitzende, Kollege Höfer, berichtet nun über die Ergebnisse der gemeinschaftlichen Beratungen des Gesellenkongresses und des Polizeirats-Vereins, betreffend die neuen Verordnungen. Er, Kollege Höfer, konstatiert, daß viele von den Wünschen der Arbeiter gestrichen worden ist. Den Polizisten, die die Weisheit vertraten, gingen die Wünsche der Arbeiter zu weit; sie neigten sich auf Seite der Unternehmer. Taubadel: Es ist charakteristisch für die Bauüberwachung, wenn ein kontrollierender Beamter sagt, es sei ihm zu hoch, auf einen Bau zu kommen. Die Polizei muß mitverantwortlich gemacht werden für einen eventuellen Unfall, wenn sie sich nicht befreien um die Verhütungsvorschriften. Auch die Bauarbeiter tragen durch ihre Gleichgültigkeit viel Schuld an denjenigen unheilvollen Zuständen. Es wird den Unternehmern ja gar nicht bekannt, wenn die Baubude zu klein, der Platz fehlt oder sonstige Mängel vorhanden sind, weil sie nicht darauf aufmerksam gemacht werden. Haben die Bauarbeiter nicht Platz in der Baubude, so seien sie sich in irgend einem Winde des Baues oder gar ins Freie, anstatt an den Unternehmer oder Polizei heranzutreten und Klümpfe der Lebelszähne zu verlangen. Wir werden in vier bis sechs Wochen eine Bautelefonie abhalten, um zu ermitteln, inwieweit den neuen Verordnungen nachgekommen worden ist, und soll darüber die Öffentlichkeit unterrichtet werden. Genoss Scholz vermitteilt in der neuen Verordnung besondere Bestimmungen über Erdarbeiten resp. Tiefbauen. Ferner kritisiert er das Herausholen ausländischer Arbeiter, so lange nicht die einheimischen Beschäftigungen gefunden haben, wodurch das Elend der einheimischen Arbeiter noch vermehrt wird. Es ist in letzter Zeit so viel vom Sud der nationalen Arbeit gesprochen und geschrieben worden, daß man auch die nationalen Arbeiter, und wenn diese alle Beschäftigung gefunden haben, dann erst hole man ausländische Arbeiter heran. Ferner findet Redner die Strafbestimmungen gegen Verstöße gegen die neuen Verordnungen als außerordentlich. Der Vorsitzende weiß Genossen Scholz darauf hin, daß § 9 einige Bestimmungen über Erdarbeiten enthält. Die freien Gewerkschaften können sich das Verdienst zugeschreiben, daß diese neuen Verordnungen, wenn sie auch noch nicht ganz unseren Wünschen entsprechen, zu Stande gekommen sind. Die christlichen Gewerkschaften leisten auf diesem Gebiete überhaupt nichts, wie sie auch in Görlitz noch nie irgend welche Verbesserungen erbracht haben. In „Verschiedenes“ wird der Anflug in die Zitadelle im Kuckucks bei Marillia bis auf weiteres verschoben, da jetzt für diese Mitglieder die Verhältnisse keine günstigen sind. Es herrschen jetzt in Görlitz trostlose Zustände im Baugewerbe. Baustützpunkte sind vorhanden. Die paar Bauten, die aufgeführt werden, gehen ihrer Vollendung entgegen und neue Bauten in nicht in Aussicht, sodass für die im Görlitzer Gewerbe Beschäftigten eine trostlose Zukunft in Aussicht steht. Wir bitten daher alle Kollegen, die etwa ihr Ziel nach Görlitz richten, dies zu berücksichtigen. Es werden nur einige städtische Gebäude, die so gemäß ihrer Vollendung entgegen gehen, gebaut und einige Privathäuser, die auch nur von breitegefeierten Erstgenannten gebaut werden, über die bereits der Breitegefeierte schreibt. Wohnungen sind im Überfluss vorhanden, da infolge der anhaltenden Krise viele Einwohner Görlitz verlassen haben. Für die Görlitzer Arbeiter trifft das Märchen von der geschilderten Erfahrung nicht zu.

Der Gewerbeverein Hirschberg-Cunnersdorf hielt am Dienstag, den 21. Juli, seine erste Mitgliederversammlung nach dem Streit ab, die von 118 Mitgliedern besucht war, ein Zeichen, daß nach dem Streit die Kollegen mehr Interesse an den Beratungen haben, als zuvor. Vom Kassierer wurde die Quartalsabrechnung verlesen, wodann folgte die Abrechnung über den vierwöchigen Streit, dem Kassierer wurde Decharge reichte. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurden nach

§ 86 b des Statuts 21 Kollegen aus keinem Verbande wegen Streitwuchs ausgeschlossen, die ausgeschlossenen halten trotz bießscher Aufforderung die Arbeit überhaupt nicht niedergelegt, aber sie bald wieder aufgenommen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß demnächst eine Versammlung der Bauarbeiter stattfinden soll, damit auch diese sich endlich einmal organisieren. Die Versammlung war einstimmig, damit ein verbanden und beschloß, die entstehenden Kosten der ersten Versammlung aus der Losalkasse zu bedenken. Auf eine Umfrage des Kollegen Feits Mattern wurde erklärt, daß dort unterer Bedeutungen auf den großen Neubauwerken verbandskosten angehoben werden sind. Bekannt wurde ebenfalls, daß die zugereisten Görlitzer Kollegen sich nicht eher anmelden, bis sie gefeuht werden. Eine von ihnen hat für dieses Jahr noch gar keinen Beitrag bezahlt und die anderen nicht viel. Mit einer Versprechung über das Stiftungsfest, das am Sonntag, den 9. August, stattfinden soll und nach einer Eröffnung, schwafte Agitation auf den Bauten zu entfallen, wurde mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung geschlossen. Zum Schlus sei noch erwähnt, daß die hiesigen Zimmerer in den Streit eingetreten sind und Freitag früh, den 24. Juli, 85 Zimmerer die Arbeit niedergelegt. Schön zu Mittag desselben Tages hatten dieser Unternehmer die Forderung von 80 & Stundenlohn bemüht.

Am 6. Juli fand in Lindau i. B. eine ziemlich gut besuchte Maurerbergsammlung statt, in der Kollege Stolle-Schaffhausen die Ziel und Zweck der Organisation referierte. Stolle fand hierbei auch auf verschiedene Mißstände in Lindau und Umgebung zu sprechen. Als einen schlimmen Mißstand bezeichnete er die hauptsächlich bei den Meistern der Umgebung so sehr beliebte und mehrstündige Arbeitszeit und erklärte, daß gerade dadurch das Altvordunben wieder überhand nehme. Auch über die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer verbreitete sich Redner des näheren. Stolle zog sodann einen Vergleich zwischen den Lohn- und Gehaltsverhältnissen eines Maurers in Lindau, Stuttgart und Berlin und fand dabei zu dem Schluß, daß die Kollegen in Stuttgart bedeutend besser bezahlt sind als in Lindau, während die Berliner Kollegen bei mindestens nicht leuteren Gehaltsverhältnissen bereits das Doppelte verdienen. Referent erinnerte daran, daß diese Verbesserungen nicht durch die Kraft des Einzelnen, sondern nur durch eine geschulte, gut geführte Organisation erreicht werden seien, und forderte dann alle Kollegen, die dem Verband aus irgend welchen Gründen noch fernbleiben, auf, durch den Beitritt zum Verbande die unhalbaren Verhältnisse in Lindau beseitigen zu helfen. Was den Zugang zum Verbande, b. h. die Anmeldung neuer Mitglieder betrifft, kann mit Freuden konstatiert werden, daß der Zweigverein Lindau in letzter Zeit guten Zuspruch erhalten hat, so z. B. liegen sich in der am 5. d. M. in Waßberg b. L. abgehaltenen Versammlung, in der Stolle das Referat hatte, neuen Kollegen aufzunehmen, desgleichen erklärten sich am selben Tage in Wangen, woselbst Kollege Ruff Vormittags agitierte, auf Waffen zum Beitreten bereit, so daß der Zweigverein Lindau an den besten Hoffnungen bereichert.

Der Zweigverein Wittenberge fand am 4. Juli eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Bemerkenswert war, daß Kollege Bisinger das fünfzehnjährige Bestehen des „Grundsteins“ betonte. Er hervorhob darauf, daß sich mit dem Beginn der Auflage unseres Verbandsorgans auch die deutsche Maurerbewegung nach innen und außen kräftig entfaltet habe. In gleichem Maße seien auch die Maurer auf einer bedeutenden Bildungsstufe angelangt. Zu bedauern ist nur, daß noch nicht alle Maurer zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation gekommen seien, auch in Minden bleibe nach dieser Richtung noch viel zu wünschen übrig. Es sei also noch ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen. Jedes Mitglied müßte sich durch unablässige Agitation dazu beitreten, daß die Industriellen, Hause und Gleichgesinnte der Organisation ausführbar werden. Sodann wurde die Organisation des Bauarbeiterkongresses am Orte bekannt gegeben und darauf hingewiesen, daß alle Beschwerden über Mißstände auf den Bauten bei dem Kommissar der Kommission, dem Zimmerboter Gbr. Reimler sofort zu melden sind. Das Stiftungsfest soll Mitte August gefeiert werden. Das Arrangement wurde dem Vorstand überlassen, der darüber in der nächsten Versammlung, die am 25. Juli stattfindet, Bericht erstatte soll.

Der Zweigverein Osterode hielt am Sonntag, den 5. Juli, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Stettin aus Magdeburg hielt in seiner 1½ stündigen Rede einen eingehenden Bericht über: „Zweck und Nutzen des Verbandes“ und forderte dazu auf, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation aufzuführen. Dem Redner wurde reicher Beifall zu teilen. Ein zweiter Punkt der Tagesordnung verlangt die Abrechnung vom 2. Quartal, die als richtig anerkannt wurde.

Am 19. Juli d. J. fand seitens der Duisburger Kollegen in Rheinhausen zum ersten Mal eine öffentliche Maurerbergsammlung im Lokale unter „Weichbänker“ statt, die von circa 50 Kollegen besucht war. Als Referent war der Gewerkschaftsleiter, Kollege Kiehl aus Dortmund, erschienen, der über den Zweck und Nutzen des Verbandes sprach. Redner hob es nur durch den gemeinsamen Zusammenschluß aller Berufsge nossen möglich, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herzustellen. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen, und es ließen sich zahlreiche Kollegen in den Verband aufnehmen. Nachdem noch einige Kollegen in der Diskussion aufgetreten und der Vorsitzende, Kollege Müller, die Kollegen aufgefordert hatte, für den Ausbau der Organisation weiter zu agieren, wurde die Versammlung mit einem beschleunigten Hoch auf den Generalvorstand der Maurer Deutschlands geschlossen.

Im Schongau fand am Sonntag, den 19. Juli, eine gut besuchte öffentliche Gewerkschaftsbergsammlung statt. Kollege Hart-Münchhausen als Referent schilderte in klaren Zügen die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. Besonders hob er hervor, wie schon von jeder von den sogenannten besseren Gesellschaft und sehr vielen „Arbeiterfreunden“ alles aufgeboten wurde, die Arbeiterbewegung in Schongau progreßiert habe, sei leider auch in Erfüllung gegangen. Vier unserer Kollegen wurden gemahnt, weil sie das gesetzlich gewohnte Recht ausübt, das demnächst verletzt werden, falls die Mängel der Versammlung nicht aufgehoben werden. Die Versammlung wurde im Interesse beider Parteien das Vernünftigste, das getan werden konnte, denn der Kampf würde sich wohl lang hinzoggen und beide Parteien schwer geschädigt haben.

Wie die Aussprachung von bürgerlicher Seite deuteit wurde, zeigen folgende Ausführungen des in Wien domizilierten Redakteurs Dr. Siegler der Konseriativ-Lopital vom rechtlichen, fittlichen und religiösen Standpunkte aus. Er ermahnte die Kollegen zu unverzögerlichem, treuem Zusammenhalt. Die Bewegung habe die erste Feuerprobe bestanden. Nicht einer unserer Kollegen wurde infolge der Maßregelung abtrünnig. Die Gemehrgezeiten stehen auch bereits wieder in Arbeit, und Ingenieur Holzschu habe erklärt, seine Maßregelung mehr vorzusehen, ihm könne es gleich sein, ob seine Arbeiter Sozialdemokraten seien oder nicht. Wir wollen hoffen, daß Herr Holzschu auch Wirkung hat, und seinen Arbeitern das Rechtswissen nicht ruhig machen. Die Maßregelung war ein Schlag ins Wasser, hat aber Herr Holzschu zwei seiner läufigen Arbeiter gestellt. Eine außerordentliche, zärtlich behandelte Mitgliederversammlung wurde am 22. Juli in Stettin abgehalten. Kollege Schröder referierte zunächst über das Thema: „Die Arbeitgeberbewegung in Deutschland“ und wies besonders auf das Ergebnis der diesjährigen Reichstagssitzungen hin. Hierauf kam eine von der Vorhantion betrafte Resolution zur Verlebung und Abstimmung. Diese lautet: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Antrage vom 5. Juli dieses Jahres und erkennt an, daß jetzt mehr denn je die Erhöhung aller Kräfte erforderlich ist, um die kleine Zahl der dem Verbande noch fernstehenden Kollegen von der Notwendigkeit einer gut geschulten Organisation zu überzeugen.“ Ferner verpflichtete die Versammlung alle Mitglieder, mehrere je auf den Bauten eine scharfe Bücherekontrolle vorzunehmen, und zwar alle vier Wochen einmal. Ein Aufnahmegerücht des Kollegen Schwiebenthal wurde bis zur nächsten Versammlung vertragt. Das Indument des verbandenen Kollegen Franz Eppel wurde in länder Weise geehrt. Die Versammlung beschloß, dem Verstorbenen einen Krantz zu spenden. In der Sache Rosow und Genossen wurde beschlossen, den vier Kollegen Rosow, Brüggemann, Köppernick und G. Schulz wegen ihres Verhaltens eine scharfe Rüge zu erteilen. Der Vorsitzende ermahnte diese Kollegen, in Zukunft anders und vorzüglicher zu urteilen, da sonst andere Maßregeln gegen sie ergreifen werden müssen. Einige zur Sprache gebrachte Mißstände wurden einer Kommission zur Erledigung überwiesen. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

In Wittenberge fand am 24. Juli eine öffentliche Maurerbergsammlung statt, zu der als Referent Otto Behmann, Berlin, eingeladen war. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Behandlung der Kollegen auf dem Bau des Hofstöditors Witte seitens des Bauherrn. Der Sachverhalt ist folgender: Der gewisse Bauherr Witte beschäftigte eine Scholabschafffabrik zu Bremen. Zu diesem Zweck hatte er berichtet, daß sie sehr hohe Betriebsverträge ausgestellt, womit er an verschiedene Meister herantrat, um ihnen die Baurbeiten zu übertragen. Dieselben erklärten aber fürgewiss, einen solchen Kontakt zu unterteilen würden sich wohl niemand finden. Doch zuletzt erkannte er dem Bauunternehmer Eichhoff, der die Arbeit übernahm und sie in Tagelohn ausführte. Mit den Maurern und Arbeitssleuten, die ihm sodann zugestellt wurden, war auch der Hofstöditor Witte sehr zufrieden. Er schmiedete, wie die Befreiung im vollsten Gange war, daß diesem, bald jedem, Einige wurden herausgezögert, indem Witte erklärte, wenn er lauter solche Leute hätte, habe er M. 400 billiger. Zu Oster schenkte er jedem eine Blaue Kette, die auch mit Dank angenommen wurde. Nachdem bekannt war, eine oder der andere öfter heimlich ein kleines Trinkgeld, auch Gartenzettel und verschiedenes anderes. Diese Vieles kostete dauernd, bis der Bau in seinem Rohbau fertiggestellt war. Da fügte Witte hinzu, sich den Unternehmer Eichhoff vom Hafe zu schaffen, um freier here über seinen Bau zu sein und sich die Sicherheitswürdigkeit zwischen dem Hofstöditor und den Maurern ein Ende. Statt daß Witte Biebesgaten und dergleichen an die Maurer vertrieb, beschimpfte er sie auf das schäbige. Er schalt sie faul und dummen. Da er erst für die besten hielte, waren jetzt die faulsten und dummen. Das hatten sich die Kollegen eine Zeit gefallen lassen, bis das Maß schließlich voll war und alleamt und sonders die Arbeit niedergelassen. Die Versammlung beschloß, den Bau des Herrn Hofstöditors bis zu lange zu sperren, bis es sich entschließe, die beliebigen Worte wieder zurückzunehmen und die Leute, die ihm durch Eichhoff ausgestellt werden, anerkennen. Somit ist der Bau des Hofstöditors Witte gesperrt. Zugang ist ferngehalten. Der Referent Otto Lehmann legte in einer halbstündigen Rede nach, was die Bedeutung der Organisation war, wofür ihm reicher Beifall zu teilen. In der Diskussion wurde das Verhalten des Maurermeisters Möller noch starker kritisiert, indem er noch immer Klopfzähne zahlt, von 33-37 L., und freunde junge Kollegen immer als Junggesellen betrachtet. Es wurde die Wahlkommission der Käfigtag erzielt, die Sache zu regeln, mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeitgeberbewegung wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen.

### Die Bauarbeiterbewegung in der Schweiz.

Um Gegenjetz zu den zahlreichen Erfolgen, welche in diesem Jahre bereits die Arbeiter der verschiedenen Bauhandwerke in Deutschland durch Lohn- und Streikbewegungen errungen haben, sind in der Schweiz alle Bemühungen der Bauarbeiter, um Verbesserung ihrer Arbeits- und Sozialverhältnisse geführt. So verließ der Streit der Maurer und Handlanger in Basel, worüber ich schon eingehend berichtet, erfolglos, ebenso der Walliserstreit in St. Gallen, die Spengler- und Binnerstreit in Luzern, der Binnerstreit in Biel, der im Sommer 1907 aufgelöst wurde. In der Diskussion wurde das Verhalten des Maurermeisters Möller noch starker kritisiert, indem er noch immer Klopfzähne zahlt, von 33-37 L., und freunde junge Kollegen immer als Junggesellen betrachtet. Es wurde die Wahlkommission der Käfigtag erzielt, die Sache zu regeln, mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeitgeberbewegung gegen 11 Uhr geschlossen.

**Kritischen Basler Nachrichten:** „Ich könnte nicht behaupten, daß dieses schroffe, gewöhnlich vom Baume geprägte Vorgehen (der Meister des Bauhandwerks) die Sympathie der Bürger schafft; im allgemeinen besteht von den Arbeitern nicht zu reden. Die Meister haben mit dieser Regelung eine ungewöhnliche Verantwortung auf sich geladen, und wenn es zur Auspeitung kommt, werden sie sich auf eine scharfe Kritik in allen Kreisen der Bevölkerung gefaßt machen müssen. Leiderfalls ist das nicht die Art, wie man die Arbeiter zur Schlichtung von Streitigkeiten erachtet. Es gibt auch genug Meister, die mit dem Beschuß nicht einverstanden waren und bloß dem starken Druck von oben gewichen sind. Sonnenwörter Ausschreitungen der streitenden Zimmerleute hat bis zur Stunde nichts verlautet. Was die Gemeinde beschäftigt ist einzig und allein die bange Frage: Was wird nun dem 20. zum? Wird man sich einigen?“

Vorzeitig wie immer ergriff die plutoökonomische Berner Kantonsregierung sofort die Partei der Unternehmer und erließ „zum Schutze der infolge des Zimmerleute-Ausstandes in Bern und Umgegend gefährdeten öffentlichen Ruhe und Ordnung“ — die alten, bekannten Polizeiordnungen — die obligate Streitordnung, die alle Ansammlungen und öffentlichen Umzüge verbietet, Zwischenhandel mit Strafe und Ausländer überdrift mit Ausweisung bedrohte. Diese Präzis ist seit jener im Kanton Bern Regierungspolitik und wird es solange bleiben, als das gewalttätige Grossbauerntum des Kantons Bern den bestimmenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausüben kann; eine Änderung hierin kann aber nur das Erstarken der sozialdemokratischen Bewegung beinhalten. Das prahlige und brutale Vorgehen der Berner Kantonsregierung gab dann den Bauunternehmern den Grund zum Bericht auf die Auswertung, da für die „Freiheit der Arbeit“ gesorgt sei.

Noch unerledigt wie der Zimmerleutestreich ist in Bern der Maurer- und Handlangerfeldzug, der, wie erinnerlich, im vorigen Herbst zu einem mehrjährigen Streit geführt hatte. Beendigt wurde derselbe gegen das Versprechen der Unternehmer, zur Regelung der Arbeitsverhältnisse eine Blattdordnung auszuweisen und sie den Arbeitern zur Bekämpfung mit ihnen vorzulegen. Der Streit wurde angefangen Mitte Oktober beendet und gegen Ende des Jahres ging dann den Maurern und Handlängern der Stadt Bern von den Unternehmern folgende „**Verordnung des Verbandes der Maurer- und Steinbaumeister von Bern und Umgebung**“ — ganz der Stil des „Herrn im Hause“ — zu:

§ 1. Es ist Sache des Arbeitgeber und ihrer Organe, dafür zu sorgen, daß Ordnung auf den Arbeitsplätzen herrscht und den nachfolgenden Bestimmungen dieser Blattdordnung nachgelebt wird. § 2. Die Arbeiter haben ihren Vorrechten zu gehorchen und allen Anordnungen derselben Folge zu leisten. Es wird den Vorgesetzten zur Pflicht gemacht, die ihnen unterstellten Arbeiter anständig zu behandeln; Klagen seitens der Arbeiter sind direkt an den Meister zu richten. § 3. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden pro Tag, solange es die Tagesstelle erlaubt, und es wird dieselbe vor folgenden Stunden freigelegt: Morgens 7—12 Uhr, Nachmittags 1½—8½ Uhr. Ohne am vorstehende Stunden gebunden zu sein, richtet sich die Arbeitszeit im Winter nach der Tagesstelle, soll aber nicht unter acht Stunden betragen. Für Arbeiten, welche bei künstlicher Beleuchtung ausgeführt werden müssen, wird die Arbeitszeit vom betreffenden Meister festgesetzt, darf jedoch, Mittagspause abgerechnet, nicht mehr als zehn Stunden betragen. § 4. Vor Sonn- und Feiertagen wird nur bis Abends 5½ Uhr gearbeitet. Von den durch diese Bestimmung ausfallenden Stunden werden die auf die Sabatage fallenden vom Meister bezahlt. Bei verfügter Arbeitszeit wird nur an Freitagen eine Stunde früher Feierabend gemacht. § 5. Die festgesetzte Arbeitszeit ist genau einguhalten; innerhalb derselben kann die Arbeit nur ausnahmsweise aufgenommen werden, wenn sich der Arbeiter bei der der Aufsicht führenden Persönlichkeit meldet und diese es gestattet. § 6. Die Auszahlung findet alle 14 Tage, jeweils Samstag Abends, statt und soll in der Regel innerhalb einer Stunde nach Schluss der Arbeit beendet sein. Die Arbeiter haben sich rechtzeitig auf den bezeichneten Zahlstelle einzufinden; in Wirtschaften darf nicht ausbezahlt werden. § 7. Bei gleichen Leistungen sind von den Meistern vorzugsweise die einheimischen Arbeiter zu berücksichtigen. § 8. Der gemeinsame Bezug, der Verkauf und Handel mit alkoholhaltigen Getränken, sowie der Genuss derselben während der Arbeitszeit ist verboten. Diesem Verbot Zwischenhandelnde sind sofort entlassen. § 9. Das Rauchen während der Arbeitszeit ist untersagt. § 10. Beuheiten und Aborte werden nach Gebührnis in genügender Weise erstellt. § 11. Diese Blattdordnung hat nur Gültigkeit für Arbeiten in der Gemeinde Bern.

Dem „herrenhäuserischen“ Titel entspricht der Inhalt dieser sogenannten „Blattdordnung“, deren Quintessenz lautet: „Wir Unternehmer und Zwischenhändler, kommandieren, ihr Arbeiter und Auszubildende, habt zu gehorchen. Diese Blattdordnung ist die blutigste Satire auf den vielberufenen freien Arbeitsvertrag.“ Es macht sich damit die aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzte Kommission an die Bekämpfung dieses Entwurfs, es ist uns aber nicht bekannt geworden, daß daraus etwas Politisches resultiert hätte. Dagegen reichten beide Parteien und der Maurer- und Handlangerbund, der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterschaft Bern dem Maurermeisterverbande Vorladungen ein, die sich in den einzelnen Artikeln den „Ordnungsblättern“ der Unternehmer bis auf das Maß erheblich günstiger anschließen, im übrigen aber die Löhne und andere Lebendigungen speziell aufzulösen: Der Arbeitslohn wird nach Stunden berechnet, und werden folgende Mindestsätze festgesetzt: Für Maurer pro Stunde 50 Rp. für Handlanger und Edwarbeiter pro Stunde 38 Rp. Für Blotterbuden pro Stunde 30 Rp. Für Lehrlinge nach Regelung. Für Unfallversicherung dürfen keine Abzüge gemacht werden. Wenn ein Arbeiter durch Unfall arbeitsunfähig ist, so soll er während der Krankheitsdauer jeweilen am Sohntag den vollen Lohn erhalten. Die Zahlung höherer Löhne als die hier festgelegten Mindestsätze bleibt einem jeden Meister freigestellt. Dagegen ist er verpflichtet, dem Arbeiter nach Ablauf der ersten Woche mitzubauen, wie viel er ihm pro Stunde zu bezahlen gedenkt. Ist der Arbeiter mit dem ihm zugesagten Lohn nicht einverstanden, so kann er Auszahlung verlangen, und der Meister hat

seinem Verlangen sofort nachzukommen. Es wird jedem Meister zur Pflicht gemacht, die nötigen Arbeitkräfte selbst angustellen und die Löhne festzuleben, wie auch die Entlastung selbst vorzunehmen. Dieser soll auf Verlangen eines Arbeiters ihm ein richtiges Zeugnis ausgestellt werden. Zu obigen Stundenlöhnen wird für Überstunden, für Nacharbeiten, Sonntagsarbeiten sowie Wasseraufgaben ein Zusatz von 10 pft. vergrößert. Entlastung ist bezüglich auf die Wasserarbeit eine Streitfrage, so ist hierüber vor einer unparteiischen Persönlichkeit ein Urteilshof einzuhören, ob die Arbeiter als Wasseraufgaben zu bezahlen sind oder nicht. Für Arbeiten außerhalb der Gemeinde ist für Vollzähligung eine tägliche Julage von Fr. 1.50 zu zahlen. Dieser ist verpflichtet, alle 14 Tage Zahlung zu machen. Die Auszahlung des Lohnes soll unmittelbar nach Feierabend stattfinden, auf den Bauplänen; sie ist in Wirtschaften verboten.

Batum die Eingabe der Maurer und Handlanger an die organisierten Unternehmer außer von der Maurer- und Handlangerorganisation auch noch vom Gewerkschaftsbund und der Arbeiterschaft unterzeichnet war, ist nicht recht einzuführen. Wollte man dadurch den Unternehmern mehr impozieren? Ueber die Schwäche der Maurerorganisation hat dieser Umstand die Unternehmer nicht hinweggetäuschen können. Diese haben, soweit wir uns aus der Arbeitsergebnis informieren konnten, auf die Eingabe, die im wesentlichen die Forderungen vom Sommer 1902 wiederholte, nicht einmal geantwortet, und die Maurer- und Handlanger haben ihre Lohnbewegung auf bessere Seiten vertragen. Das kann natürlich nur heißen, bis die Maurer und Handlanger stark organisiert sind, reichliche Mittel in ihrer Gewerkschaftsfasse haben, die sie befähigen, einen eventuellen Kampf aus eigener Kraft zu führen und dadurch den Unternehmern zu imponieren. In den Kreisen der einfachen und organisierten Bauarbeiter weist man auch recht gut, daß die einzige Ursache der Erfolgslosigkeit der aller diesjährigen Lohn- und Streitbewegungen der schlechte Stand der Organisation ist, wobei einerseits die Kampfseiten fehlen und andererseits der Gubung der Streitbrecher, ein so großer ist, daß er nicht abgetrieben und unterdrückt gemacht werden kann. Da die gut organisierten Steinärbeiter sind die einzigen Arbeiter der Bauhandwerke, welche Erfolge erzielen. Eine kirchlich in Bern abgehaltene Konferenz der Bauarbeiter war sich ebenfalls über die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Organisationen und der Zweckmäßigkeits eines Bauarbeiterkörpers einig und man will sich auch bemühen, in diesem Sinne überall tüchtig zu wirken.

Auflösung in eine Lohnbewegung, die leicht zu einem großen Kampf führen kann, eingetreten sind die Maurer und Handlanger in Genf, und zwar mit folgenden Forderungen: Sonntagsenttag, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit, Minimalstundensatz von 30 Cts. für Blotterträger, 40 Cts. für Handlanger, 55 Cts. für Maurer für Arbeiten im Wasser, Lohnausfall von 10 Cts. für Überstunden von 100 pft., 14-tägige Lohnabzählung, freie Wahl des Kost- und Logisortes. Die organisierten Unternehmer antworteten darauf mit blutigem Hohn, daß sie nunmehr auch den Tarif von 1898 nicht mehr anerkennen, sondern den von 1893 wieder in Kraft setzen. Eine Versammlung von 600 Maurern beschloß nun, falls auf friedlichem Wege nichts zu erreichen ist, die Arbeit niedergelegen. Da auch die Bauarbeiter sowie die Gläser und Mater sich rütteln, kann es an einem ausgedehnten Kampfe wie 1898 bez. 1902 kommen. Im vorigen Jahre zählte man in Genf von ca. 40 000 Arbeitern 2500 gewerkschaftlich und politisch organisierte, und unorganisierte bei den Maurern und Handlängern seien, wie mag das Verhältnis zwischen den Organisierten und Unorganisierten bei den Maurern und Handlängern sein, wie mag es in ihren Gewerkschaftsfassen aussehen? In Basel waren von den 2000 stehenden Maurern und Handlängern ca. 300, in Bern von ebenfalls 2000 ca. 180 organisiert. Und unter solchen Umständen will man mit einem gut organisierten, ausbeutungsfähigen und brutalen Unternehmerum dem Kampf aufnehmen. Der einzige günstige Umstand ist die rege Bautätigkeit in Genf, indes garantiert sie allein noch keinen Erfolg. Auf der Bauarbeiterkonferenz in Bern war man sich darüber einig, daß an den erlebten Niederlagen in den nächsten zwei bis drei Jahren kein Ingriffsstreit mehr unternommen werden soll. Darauf sollte man sich auch in Genf lehnen, da eine Notwendigkeit, die bisherigen Niederlagen noch um eine weitere zu vermehrten, nicht besteht.

Inzwischen ist der Streik perfekt geworden. Die Zahl der Streikenden ist nicht bekannt, doch dürften es sicher weit über 1000 sein.

## Krankenkasse.

### Protokoll

über die Fortschreibung der dreizehnten Generalversammlung der Central-Krankenkasse der Maurer, Gläser, Weißbinder und Statuteure Deutschlands, genannt: „Grundstein zur Einigkeit“ (E. K. R. 7), St. Altona.

### Technische Sitzung

am 12. Juli 1903 in Berlin, Engelstraße 16, Gewerkschaftshaus.

Dieselbe wurde Sonntag, den 12. Juli 1903, Vormittags 9½ Uhr, durch Herrn Bernhard Schulze eröffnet, und gibt der selbe folgende Tagesordnung bekannt:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Verratung und Abschlusstafel über die vom Bezirkstaatsausschuß zu Schleswig als notwendig erachteten Statutenänderungen. 3. Verratung und Abschlusstafel über sonstige Änderungen der Statuten und Anträge zu denselben auf Grund der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom 25. Mai 1903. Die Verratung der Präsesliste ergibt die Anwesenheit von 26 Delegierten, und zwar:

Kreis-Altona	Maats-Bernau
Bedmann-Vergedorf	Albrecht-Berlin
Schulze-Hamburg	Strahl-Charlottenburg
Paalzen-Arch-Steinbecker	Barth-Leymin
Schönfeld-Motz	Schulze-Bigdorf
Steinföhr-Jahns	Behrendt-Dt. Billmersdorf
Heller-Stettin	Hänzel-Frankfurt a. d. O.
Götsmann-Berlin	Lorenz-Erfurt
Möller-Berlin	Wolf-Halle a. d. S.
Faute-Berlin	Schmitt-Düsseldorf
Wohde-Berlin	Pfeiffer-Osnabrück
A. Winzler-Berlin	Berg-Bremen
Böllner-Berlin	Rod-Leipzig

Mit Teilnahme fehlten:

Fr. Schulz-Berlin

Geß-Pandics

Krüdel-Frankfurt a. M.

Vom Vorstand sind anwesend: Themat, Vorsitzender und

Kolb-Nürnberg

Schmöhl-Stuttgart.

Der Ausschuß ist vertreten durch Müggenberg.

Ohne Einschulbung fehlt: A. Winzler-Berlin.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Vorstandes, eröffnet W. Themat das Wort. Er führt folgendes an:

Weine Hertel Nachdem die Fortsetzung der Generalversammlung am 21. September 1902 stattgefunden, wurde das abgeänderte reiblerte Statut am 29. September 1902 vor neuem der Ausschusshöhe eingereicht. Wie erhielten das Statut nebst einem Schreiben des Polizeiamtes in Altona vom 28. November 1902 zurück. Es wurde uns mitgeteilt, daß das Statut die Genehmigung des Bezirkstaatsausschusses nicht erhalten habe, zugleich wurde verfügt, eine neue Generalversammlung zu berufen und in derselben über die nachfolgenden Änderungen zu beschließen:

1. Stehen die Mitgliederbeiträge der einzelnen Klassen zu den gewährten Unterstützungen nicht im gleichen Verhältnis. Durch die individuelle Bevorzugung einzelner Klassen tritt aber eine willkürliche und ungleichmäßige Behandlung der Mitglieder ein, die nicht unzulässig erscheint.

2. Würde die Ziffer 3 des § 11 des Statuts beachtet, weil dieselbe den gleichen Bestimmungen des § 6a Nr. 8 des Statutenverfassungsgesetzes nicht genügt.

3. Wäre die Ziffer 4 des § 11 im Hinblick auf die Bestimmungen der Ziffer 3 überflüssig.

4. Der Schlüßltag im § 21 ist in § 18 wieder zu weitgehend, wenn nicht Bestimmungen darüber getroffen würden, wie dann, wenn die örtlichen Verwaltungsstellen keine Zusätze mehr erhalten, eben, die Unterstützungen aussbezahlt werden sollen.

5. Im § 19 wäre noch der Zusatz erforderlich, daß der Vorstand die im Statut vorgesehenen Ordnungsstrafen festzusetzen hat.

6. Der Schlüßltag im § 21 ist mit Rückblick auf § 21a Schlußtag überflüssig bzw. irreführend. Weiter muß der ordentliche Richtsatz für den Fall offengelassen werden, daß ein gültiger Schiedsspruch nicht zu stande kommt.

Endlich verbürgt die Art der Zusammensetzung des Schiedsgerichts nicht die notwendige Unparteilichkeit; ancheinend sollen die Mitglieder derselben nur aus Mitgliedern der Verwaltung der örtlichen Verwaltungsstellen genommen werden. Die Schiedsgerichte werden demnach aus Organen der Staatsverwaltung gebildet, es würde also eine Partei in eigener Sache Schiedsrichter sein, was unzulässig ist.

Zu § 22 Besserung 4 erscheinen bei der großen Mitgliederzahl der Klasse 20 Abgeordnete für die Generalversammlung als zu gering bemessen. Ancheinend soll nach § 12 die Beschränkungsfähigkeit der Generalversammlung an keine bestimmte Anzahl der Erwachsenen gebunden sein.

Es müßte aber an dem Grundsatz festgehalten werden, daß eine bestimmte und hinreichend große Anzahl von Mitgliedern für die Beschränkungsfähigkeit der Generalversammlung festgesetzt wird.

Hierauf wäre dem § 22 noch ein entsprechender Zusatz hinzuzufügen.

8. Die Bestimmungen im § 22 Abs. 11 sind nach dem Wortlaut des alten Statuts wieder heraufzustellen.

Bevor der Vorstand die Generalversammlung wieder zusammenrief, war ihm daran gelegen, über die abzuhenden Statutenbestimmungen Klarheit zu schaffen, und wandten wir uns deshalb mindestens an das Polizeiamt in Altona als Ausschusshöhe um Zusatzfragen. Dieses hatte keinen Erfolg, und wurden wir an den Bezirkstaatsausschuß in Schleswig gewiesen. Wir richteten demnach unter dem 19. Dezember 1902 an den Bezirkstaatsausschuß in Schleswig die Bitte, einen Vorstandsmittelglied der Klasse 20 Abgeordnete für die Generalversammlung als zu gering bemessen anzusehen. Ancheinend soll nach § 12 die Beschränkungsfähigkeit der Generalversammlung an keine bestimmte Anzahl der Erwachsenen gebunden sein.

Es müßte aber an dem Grundsatz festgehalten werden, daß eine bestimmte und hinreichend große Anzahl von Mitgliedern für die Beschränkungsfähigkeit der Generalversammlung festgesetzt wird.

Zu § 8 bzw. § 12, wo die Mitgliederbeiträge der einzelnen Klassen zu den gewährten Unterstützungen nicht im gleichen Verhältnis stehen sollen, wurde unsererseits darauf hingewiesen, dass dies ancheinend ungleiche Verhältnisse durch die Gewährung von Arzt und Arznei usw. entsteht. Die Kosten für Arzt und Arznei wären für erkrankte Mitglieder in allen Klassen gleich hoch. Demnach müßte die Klasse für einen Kassenmitglied der 4. Klasse ebenso viel für Arzt und Arznei usw. bezahlen, wie für ein Mitglied der 1. Klasse, und für die Mitglieder in den anderen Klassen wäre dasselbe. Es würde demnach für alle Klassen ein gleich hoher Pauschalbetrag für Arzt, Arznei usw. in Rechnung gebracht. Dieser Pauschalbetrag stellt sich pro Woche auf 12 £.

Diese 12 £ würden von dem Beitrag in jeder einzelnen Klasse (§ 8) in Abzug gebracht und der dann verbleibende Rest, der in der 1. Klasse 48 £, in der 2. Klasse 38 £, in der 3. Klasse 33 £ und in der 4. Klasse 18 £ beträgt, mit 31 multipliziert, und ferner mit dann abgesehen, abgesehen von einigen kleinen Abweichungen nach oben und unten, zu dem im § 12 angegebenen Unterstützungsgegenstand. Betreffs des § 11 Ziffer 3 und 4 beziehen sie uns auf § 6 des Statutenverfassungsgesetzes und auf Ausführungen in der Arbeiter-Berührung.

Über die von uns gemachte Ausführungen zu den §§ 8 und 12 kommt ein Einverständnis nicht logisch herbeigeführt werden, und um unsere Berührung auf die Arbeiter-Berührung zu prüfen, müssen die näheren Daten schriftlich angegeben werden, was dann auch am 26. Januar 1903 geschah.

Da wir auf unseren Schrifftausch vom 26. Januar bis zum 7. März noch keine Antwort erhalten hatten, wandten wir uns unter diesem Datum mit der Bitte an den Bezirkstaatsausschuß in Schleswig, uns eine Antwort zuladen zu lassen.

Wir erhielten dann auch am 16. Mai ein Schreiben, das vom 5. Mai datiert, in dem uns mitgeteilt wurde, daß der Antrag auf Genehmigung eines Entwurfs zum neuen reiblerten Statut in der nächsten Sitzung des Bezirkstaatsausschusses zur Entscheidung kommen würde.

Da der Bezirkstaatsausschuß zu der Zeit gerade tagte, glaubten wir, daß die Entscheidung über unser Statut getroffen würde, und da wir bis zum 18. Juni noch nicht im Besitz einer Antwort waren, wandten wir uns wiederum mit der Bitte an den Bezirkstaatsausschuß, uns seine Entscheidung recht bald mitteilen zu wollen.

Wir begrüßten diese unsere Bitte damit, daß wir durch die neue Novelle zum Krankenversicherungsgesetz gehalten wären.

einige Bestimmungen des Statuts dem neuen Gesetz anzupassen, und da wir dies schließlich genug in die Wege leiten möchten, uns daran läge, baldmöglichst in den Besitz der Entscheidung zu gelangen.

Der Vorstand hatte dann auch beschlossen, daß, wenn der Bescheid des Bezirksausschusses bis zum 24. Juni nicht eingegangen sei, der Vorstand der Kasse diesbezüglich persönlich mit dem Vertreter des Bezirksausschusses in Schleswig/Müllersprache nehmen solle. Am 26. Juni wurde der Beschluss des Vorstandes zur Ausführung gebracht, und erklärte der Herr Vertreter des Bezirksausschusses, daß unsere Gründe zu § 8 bzw. § 12, sowie auch zu § 11 der Statuten nicht anerkannt seien. Der schriftliche Bescheid wäre fertig und wir würden innerhalb dreier Tage in den Besitz derselben gelangen.

Da wir aber am 2. Juli noch nicht im Besitz des Bescheides waren, beschloß der Vorstand, am 3. Juli nochmals persönlich vorzutreten.

Inzwischen war die Berechnung der gleichen Grundsätze noch einmal auf einer anderen Grundlage aufgestellt, was aber zu dem gleichen Resultat führte.

Am 3. Juli ließ der Vertreter des Bezirksausschusses ein, trotzdem wurde nochmals der Bescheid gemacht, durch persönliche Vorlegung der neu aufgestellten Berechnung den Herrn Vertreter des Bezirksausschusses vor der Richtigkeit der §§ 8 und 12 des Statuts zu überzeugen, was uns leider nicht gelang. Der am 3. Juli eingegangene und vom 25. Juni datierte Bescheid des Bezirksausschusses lautet daher: „Dem Antrage auf Erteilung der Genehmigung der von der ordentlichen Generalversammlung beschlossenen neu revidierten Statuten fügt zufolge Beschluss in unserer Sitzung vom 22. Mai 1903 nicht stattgegeben werden.“

#### Gründe:

1. Zu §§ 8 und 12. Die Mitgliedsverträge der einzelnen Klassen (§ 8) stehen zu den zu gewährnden Unterstützungen (§ 12) nicht im gleichen Verhältnis. Durch diese Bestimmung ist der § 8 des Hüftfängengesetzes vom 7. April 1876 verletzt. Danach ist nicht nur die individuelle Bevorzugung oder Verachtung einzelner Mitglieder unzulässig, sondern auch die ungleichmäßige Behandlung ganger Mitgliedsklassen auf Grund von Unterscheidungsmerkmalen, welche nicht durch Abhag 2 oder 3 geschaffert sind.

Die Aufstellung solcher unzulässiger Unterscheidungsmerkmale verletzt nicht minder, als eine individuelle Bevorzugung, die nach Abhag 4. a. O. für alle Mitglieder zur Geltung zu bringenden gleichen Grundfäge.

Die von dem Vertreter der Kasse am 15. Januar d. J. hier mündlich vorgebrachten Gründe, daß die ancheinend ungleichmäßige Behandlung der einzelnen Klassen durch die Berechnung der Arzt- und Arzneitafeln hervorgehen sei, kann als zutreffend nicht anerkannt werden. Es bleibt immer die Täuschung bestehen, daß nach Inhalt der Statuten die Beiträge und Unterstützungen nicht für alle Mitglieder nach gleichen Grundsätzen bemessen sind, wenn, wie hier geschehen, von Berechnung des Krankengeldes von den Beiträgen et al. den Kosten der ärztlichen Behandlung entsprechender Bauchschlag in Abzug gebracht wird. Die Beiträge sind bei Berechnung der Unterstützungen der einzelnen Klassen unverkürzt zu berücksichtigen.

2. Zu § 11 Abs. 3. Es fehlt die Bestimmung, daß der Unterstützungsfall auf den gleichen nicht gebundenen Krankheitsursachen beruhen muß. Außerdem ist für diejenigen, welche im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft Krankengeld erhielten, die Bestimmung, daß sie nur noch für 18 Wochen Krankengeld erhalten sollen, nur dann zu billigen, wenn sie das erste Krankengeld für 13 Wochen bezogen haben (vergleiche § 6a Nr. 3 Art. B.-G.), was nicht zum Ausdruck gebracht ist.

Die Worte: ebenso dienen, welche im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft Krankengeld erhalten haben, sind daher zu streichen.

3. Zu § 11 Abs. 4. Die von dem Kassenvorstande in dem Schreiben vom 26. Januar 1903 angeführten Auszüge aus der Arbeiterversorgung handeln alle nur von demselben nicht gehobenen Krankentagsurkunde.

Wie unser Vertreter in der mündlichen Befredigung am 15. Januar d. J. aber schon mitgeteilt hat, tritt auch dann ein neuer Unterstützungsfall ein, wenn, nachdem ein Mitglied die volle Unterstützung erhalten und die Krankheit und Erwerbsunfähigkeit fortbesteht, eine neue, d. h. anderweitige Krankheit besteht.

Zu § 11 Abs. 4 sind daher hinter den Wörtern: „für einen neuen Unterstützungsfall“ die Worte „sofern er durch dieselbe nicht gehobene Krankheitsurkunde hervorgehen ist“, einzufügen.

4. Um Schluß des § 18 Abs. 18 ist folgender Zusatz zu setzen: „Die etwa vorhandenen Kranken belommen ihre Unterstützungen vor der Hauptkasse.“

5. Im § 19 ist noch der Zusatz erforderlich, daß der Vorstand die im Statut vorgesehenen Ordnungsstrafen festzulegen hat.

6. § 21 Schluß ist mit Müßiggang auf § 21 a Schlußgang überflüssig bzw. irreführend und daher zu streichen.

7. Hinter Satz 1 des § 21 a ist der Zusatz hinzuzufügen: „Dielieben dürfen keine Beamte der Kasse oder der örtlichen Verwaltungstellen sein.“

8. Im § 22 Abs. 11 ist hinter den Wörtern „wird derfelbe“ eingeklammert: „unter Angabe der in den einzelnen Wahlkreisen abgegebenen Stimmenzahlen.“

9. Am Abhag 12 ist hinter Satz 2 noch folgender Zusatz erforderlich: „Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens 15 Abgeordneten erforderlich.“

Aus diesen Erwägungen hat der vorliegende Entwurf die zweiteilige Genehmigung nicht erhalten können.

(Fortsetzung folgt.)

## Vom Bau.

### Ausfälle, Arbeiterschutz, Submissions etc.

Düsseldorf, den 28. Juli. Ein entschiedlicher Bauunglüd trug sich heute Vormittag 10 Uhr in der Ellerstraße hierelbst zu. An dem Neubau des Baumwollwebers August Ullm. Behrenstraße brach ein Gerüst im Treppenturm des Unterbaues zusammen, durchsichtig das Schubgerüst und begrub nach einem Sturz von etwa 11 Meter Tiefe den Polster, einen Kollegen und zwei Bauarbeiter. Alle vier erlitten schwere Arms- und Beinbrüche, so weit sich bis jetzt feststellen ließ. Ob noch innere Verletzungen zu konstatieren sind, muß die Pathologie erst ergeben. Ein weiterer Bauarbeiter, welcher vom Schubgerüst aus fiel, erlitt nur,

somit wie durch ein Wunder, eine leichte Handverletzung. Ob den mitverunglüdten Polter eine Schuld trifft, wird die Untersuchung lehren.

Einen derben Denkettel hat ein Unternehmer in Coburg vom Gericht zertifiziert erhalten. Am 18. April d. J. wurde ein Arbeiter beim Auswachsen eines vier Meter hohen Kanals durch hereinströmende Erdmassen verschüttet, wodurch sein Tod durch Erstickung herbeigeführt wurde. Den Tod des Arbeiters durch Fahrlässigkeit verfüllt zu haben, indem er nicht zur genügenden Abstieg des Erdreichs gesorgt habe soll, wurde der Baumwolle Johannes Münnich in Coburg angeklagt, der sich dieserhalb am 21. Juli vor der Strafammer des dortigen Landgerichts zu verantworten hatte. Das Angeklagte stellte seine Schuld in Abrede. Der Staatsanwalt beantragte 10 Tage Gefängnis. Das Gericht ging aber weit über den Antrag hinaus und erkannte auf einen Monat Gefängnis.

Aus Maurerkreisen wird uns zu dem Urteil geschrieben: Noch einige solcher Urteile, und die Coburger Unternehmer werden nicht mehr so leichtfertig mit dem Leben und der Gesundheit des Arbeiters umspringen. — Etwas billiger kamen zwei andere „Baumünster“, die sich vor demselben Gericht zu verantworten hatten, davon. Der Abort für die Seidenmutter Schule, ein Neubau, zeigte kurz nach seiner Ausführung an den beiden Ecken der Giebelseite Misse und hatte sich infolge nicht genügender Fundamentierung an beiden Seiten gesenkt, so daß er einzustürzen drohte und herausfiel, für den Abort benutzten Kinder und den Lehrer Schule entstiegen. Es wurde nun dem Techniker Hugo Gustav Ehardt aus Rohrbach, und dem Maurermeister Heinrich Hofmann aus Oberfüllbach zur Last gelegt: Ehardt bei der Zeitung und Hofmann bei der Ausführung des Baues wider die allgemein anerkannten Regeln des Baukunst gehandelt zu haben. Ehardt wurde von Schul und Strafe freigesprochen. Hofmann dagegen zu M. 48 event. 16 Tage Gefängnis verurteilt.

### Eingegangene Schriften.

„Die Neue Zeit“ (Stuttgart, Diets Verlag), 43. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes hören wir her vor: Landwirtschaft und Industrie. Kritische Betrachtungen zu Eduard David's Agrarwerk. Von Ludwig Duestel. III. — Die Deutsche Volkspartei. Von Wilhelm Keil. — Zur materialistischen Geschichtsauffassung. Von Max Settebaum. III. — Die preußische Regierung und die Wohnungfrage. Von Hugo Steinmann (Berlin). — Arbeiterschule in Japan. Von Gustav Ecken. — Literarische Mundsbau: Matti Helenius, Die Altholzfrage. Von Otto Lang. Anleitungsbuch für Bauarbeiterbuch. Dr. Willy Heldbach. Nervosität und Kultur. Von Ferdinand Frey. Armentastatistik einiger deutsche Städte. Für das Jahr 1896/97.

### Briefkästen.

Neustettin, 2. Sie möchten Ihren Anspruch auf Entschädigung für den halben Tag Beräumnis bei dem Unternehmer, bei dem Sie in Arbeit stehen, gefügt auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches, geltend machen. Der Paragraph lautet: Der zur Dienstleistung Verpflichtete wird des Anspruchs auf die Vergütung nicht dadurch beruft, daß er für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einer in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert wird u. w.

### Centralverband der Maurer.

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

##### Reiseunterstützung an Streikende.

Trotzdem der Verbandsvorstand durch Circular die Zweigvereine benachrichtigt hat, ob sie Reiseunterstützung auszuholen haben oder nicht, ergeben die bis jetzt eingesandten Quartalsabrechnungen, daß sich eine Reihe von Zweigvereinen nicht an die Bestimmungen des Statuts gehalten haben. Einige von ihnen haben Zweigvereine Unterstützung gezahlt, die hierzu überhaupt nicht berechtigt waren, in anderen Fällen ist sie mehr als einmal ausbezahlt worden, was nach dem Statut nur in Orten mit über 100 000 Einwohnern zulässig ist, und in diesen darf die Auszahlung auch nur für zwei aufeinander folgende Tage erfolgen. Andere Zweigvereine haben neben der gewährten Unterstützung von M. 1,50 pro Tag noch Reisegebühren nach anderen Orten gemahnt, dieses ist ebenfalls unzulässig. Wir geben im nachstehenden nochmals die Bestimmungen über die Reiseunterstützung an Streikende bekannt und machen darauf aufmerksam, daß Zweigvereine, die sich nicht an diese Bestimmungen halten und mehr Unterstützung zahlen als das Statut bestimmt, das zu viel gezahlte aus der Lokalstasse zu decken haben.

Wenden Mitglieder durch Aussperrung oder Arbeits-einstellung zur Abreise genötigt, so kann ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft für die Zeit vom 1. März bis insl. November sofort Reiseunterstützung gewährt werden, sofern die betroffenen Personen bei Verhängung des Aussperrung beginnen bei Beginn der Arbeitseinstellung ihon Mitglieder waren.

Die Höhe der Unterstützung beträgt M. 1,50 pro Tag und darf in nicht mehr als sechs Raten an ein und dasselbe Mitglied ausgezahlt werden.

Die Unterstützung wird ausgeschüttet in allen Zweigvereinen, die sich in Orten mit mindestens 5000 Einwohnern befinden und über 50 Kilometer vom Streikorte entfernt liegen, und zwar in Großstädten (Orte mit über 100 000 Einwohnern) zweimal, in allen anderen Orten nur einmal.

Die Auszahlung darf nur an solche Mitglieder erfolgen, die sich durch Verbandsbuch, Streikarte sowie Reise-Legitimationskarte ausweisen können und wenn die Legitimationskarte eine gleiche Nummer hat wie die Streikarte und das Verbandsbuch.

Nach jeder Auszahlung bleibt die Reise-Legitimationskarte in Händen des Auszahlers und darf erst dann wieder ausgehändigt werden, wenn das betreffende Mitglied weiterreisen muß, weil es am Orte keine Arbeit erhalten könnte.

Im Falle nachgewiesene Arbeit ausgeschlagen wurde, ist die Karte überhaupt nicht mehr auszuhandhaben, ebenso nicht, wenn der Betreffende einmal am Orte gearbeitet hat.

Die Reise-Legitimationskarten sind nach 14 Tagen, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, ungültig.

**Die Abrechnung für das zweite Quartal 1903** und das der Hauptstasse gehörende Geld soll sich gemäß den statutarischen Bestimmungen bis zum 15. Juli in Händen des Vorstandes befinden. Diese Bestimmung haben viele Zweigvereine bis jetzt nicht erfüllt. Wir ersuchen hiermit, das Vereinigte umgehend nachzuholen.

### Die Krankenunterstützung

tritt, wie wir in den Nummern 18, 19, 20 und 21 des „Grundstein“ von diesem Jahre bekannt gegeben haben, mit dem 1. März 1904 in Kraft. Trotz dieser mehrmaligen Bekanntmachung sind in letzter Zeit wiederholt Anträge auf Krankenunterstützung gestellt und, wie die Quartalsabrechnung des Zweigvereins Kronstadt ergibt, ist dort bereits einem Kollegen für vier Wochen Unterstützung gezahlt worden. Wir geben hiermit nochmals den Beschluss des Verbandsrates, der sich auf Seite 281 des Verbandsprotokolls befindet, bekannt: Krankenunterstützung wird vom 1. März 1904 an gezahlt. Die anderen Bestimmungen des Statuts treten mit dem 1. Mai 1903 in Kraft. Gemäß diesem Beschluss können Anträge auf Gewährung von Krankenunterstützung vor dem 1. März 1904 keine Verabschließung finden. Zweigvereine, die, wie im Falle Kronstadt, trotzdem Unterstützung auszuzahlen, haben die hieraus entstehenden Kosten aus der Lokalstasse zu decken.

### Vom Verbandsvorstande bestätigt:

find die neu gewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Colbitz, Eberswalde, Glücksburg, Gr. Fläming, Heilbronn, Karlsruhe, Kielmar, Mühlhausen i. Th., Stargard i. M., Trautenberg, Ulm, Weidenhausen, Witzen, Zwickau.

### Als verloren gemeldet

find die Mitgliedsbücher der Kollegen Wilhelm Püttler (Buch-Nr. 92 622), H. Wiegand (67 428), H. Meister (189 481), J. Jobe (93 640), Carl Monden (92 528), Joh. Lüdtke (54 889), Lorenz Barth (29 064), Moritz Rupp (22 607), Gustav Sternberg (86 248), Carl Schmitt (111 924), Julius Jobe (93 610). Dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

Als gefunden eingeliefert ist beim Zweigvereinsvorstand in Löbau das Mitgliedsbuch des Kollegen Wilhelm Böhmer (Buch-Nr. 76 690), ausgestellt in Hamm. Daselbe kann dort abgefordert werden. — Das Mitgliedsbuch des Kollegen Heinrich Witte (Buch-Nr. 32 265) ist gefunden und kann beim Verbandsvorstand abgefordert werden.

### Aufforderung.

Der Kollege H. Kleintzinger (Buch-Nr. 113 400) wird ermahnt, im Zweigverein Löbau seinen Verpflichtungen nachzukommen. Zweigvereine resp. Einzelmänner, denen die Adresse des Maurers Georg Dobertin bekannt ist, werden ermahnt, diebstahllos G. Dobertin an die Worte von Hermann Schumann, Buch-Nr. 9, mitzutun.

### Ausgeschlossen

find auf Grund § 36 b des Statuts dem Zweigverein Borsigheim: Ch. Taucher-Königsbach (Buch-Nr. 181 885), Joh. Fülls-Borsigheim (181 885), Bernhard Zott (149 032), Wilhelm Heiß-Borsigheim (149 112), Jacob Scheller-Borsigheim (93 815), Karl Taucher-Königsbach (131 871), Joh. Koch-Borsigheim (93 879), Giovanni Gussow (181 818), Andreoli Bimbo (149 087), Herm. Kraatz-Königsbach (149 140), Daniel Höller-Königsbach (149 166), Ludwig Fröhle - Königsbach (93 878), Philipp Lauchter-Königsbach (149 026), Gott. Föttinger-Stein (149 132), Rob. Braumberg-Borsigheim (149 046), Will. Oberle-Borsigheim (88 880), Valentin Oberle-Borsigheim (93 887), Friedrich Dorje-Springen (149 084), Alf. Thome - Springen (93 875), Jakob Schegler - Königsbach (149 121), Martin Lüdi-Springen (149 029); Cunnersdorf: G. Paul (62 528), G. Schwintorf (62 541), G. Kühl (62 545), G. Dittmann (62 572), A. Kloß (62 586), Hoferfeld (62 587), G. Stephan (62 602), W. Gläser (116 459), H. Hoffmann (116 461), St. Seibermann (116 455), W. Järföld (116 488), H. Täbler (116 469), Höflich (116 481), J. Röha (116 497), Billigjäger (116 508), R. Richter (116 510), G. Müller (116 510), J. Lohse (116 521), G. Gläser (116 529), E. Anforger (116 530), G. Peltz (116 532); Glogau: Rieger (99 186), Aug. Görlitz (228 243), Schleißheim (Buch-Nr. 2); Eisenberg: Louis Lüdke (139 245), Wilhelm Beholz (66 459); Berlin (Sectio Buder): Gust. Kremer (1389), Friedr. Kremer (1359), Will. Reh (8228); Gera: Albert Sogke (71 444), Volph. Dangler (71 276); Niemegk a. d. B.: Wilhelm Semerit (Buch-Nr. 2); Ludwig Sporleber (91 236); Trebbin: Will. Trede (104 635).

Bestrafung. In Nr. 20 des „Grundstein“ muß es unter Eisenberg heißen: Krehan und nicht Kresem.

### Der Verbandsvorstand.

**Abrechnungen für das 2. Quartal** wurden vom 21. bis 27. Juli aus folgenden Zweigvereinen eingefordert: Altenburg, Alt-Schwanburg, Belgern, Bielefeld,

Borbeck, Borsig, Borsig, Bremen, Brügge, Burg a. Lehmorn, Coblenz, Großherzogtum a. d. O., Colbord, Cöln, Dahme, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Erfurt, Erfurth, Frankfurt, Friedberg, Friedersdorf, Fürstenwalde, Gansbach, Ganderkheim, Garz a. d. O., Gelsenkirchen, Germendorf, Greifswald, Grimma, Gr. Beeren, Gr. Kreis, Gr. Schneidau, Gr. Siegenort, Gutow, Hadersleben, Halle, Hamburg, Hameln, Hamm, Hanau b. Jena, Helmstedt, Helmstädt, Hintersee, Hof, Jahnitz, Ingolstadt, Isenlohn, Kakenbach, Korbach, Karlsruhe, Lahn, Leer, Lenzen, Leisnig, Leine, Leine, Malchow, Marienthal, Meuselwitz, Milow, Mühlberg i. Thüringen, Mühlendorf, Mühlau, Minden, Moorborg, Nauen, Neubrandenburg, Neubulau, Neudamm, Neugamme, Neugersdorf, Neustadt i. M., Neustadt i. O., Neuenhagen, Neuruppin, Oberhausen, Ohlhausen, Olschendorf, Oldesloe, Osterode i. O., Osterode, Parchim, Peine, Peitz, Pirna, Plaue, Plau i. M., Plau a. d. O., Plau i. S., Preußisch, Prenden, Prenzlau, Riesenburg, Reichenbach, Reinfeld, Reppen, Reichenbach, Rohrheims, Rummelsburg i. Rumm., Schönwalde, Löbau, Schmölln, Schmölln, Schöppenstedt, Schwerin a. d. B., Schöna, Soltau, Stadtkirche, Stadehagen, Stettin, Stettin, Schneidau, Telton, Templin, Thale, Uelzen, Witz, Wittenberg, Wendeburg, Werder, Wiesbaden, Witten, Wolberg, Wolfenbüttel, Wongrowitsch, Wollin, Zarenthin, Zehdenick, Zehlitz, Zeulenroda.

Strafporto mußte in der verflossenen Woche gezahlt werden für Briefe aus folgenden Zweigvereinen: Eibiswald, Ingolstadt, Meuselwitz, Schöningen, Gorgatz.

In der Zeit vom 21. bis 27. Juli 1903 sind folgende Beiträge bei der Hauptstasse eingezogen:

#### Hauptstasse.

Von den Zweigvereinen Dortmund M. 1526,80, Frankfurt a. d. O. 128,61, Berlin 418,63, Freiburg 283,68, Gera 5, Gladbach 258,08, Templin 258, Schöningen 245,40, Langenbielau 180, Ebing 217,04, Neustadt 213,95, Schönbörne 204,52, Witten 178,59, Neu-Kamptal 178,38, Hintersee 169,88, Schöpfurt 157,94, Bäderland 154,06, Hennindenken 147,80, Milow 141,18, Milow 135,36, Trebb 126,07, Schweinitz a. d. Elster 119,20, Mühlendorf 118,82, Briesen 118,82, Herzberg a. d. Elster 105,50, Böbbitzow 103,04, Burgstall 100,80, Teupitz 99,87, Göttingen 84,70, Milow 73,94, Stargard i. Todt 70,24, Liebenwalde 67,64, Bornhöved 55,08, Döbeln 45,49, Colbitz 44,01, Harderode 39,96, Bückeburg 39,96, Großwig 36,24, Lauenburg a. d. E. 34,80, Wermelskirchen 29,87, Weißwasser 25,64, Oschatz 16,60, Siegen 17,08, Nauen 16,40, Westerberg 15,20, Höhnsleben 8,54, Stettin 95,70, Stuttgart 44,38, Brandenburg a. d. H. 345,24, Reichenbach 328,56, Nauen 228,58, Wensendorf 180,14, Leisnig 165,86, Rohrheims 162,44, Hammer b. Jahnitz 147,42, Schönwalde 138,90, Neustadt i. Holstein 141,82, Sudow b. Kraatz, a. d. O. 138,08, Germendorf 135,41, Parchim 117,44, Reichenau 106,58, Gr. Siegenort 105,36, Bellin 86,80, Borna i. S. 79,24, Meuselwitz 76,98, Lübz b. Anklam 71,62, Rastenburg 71,43, Hermsdorf 68,92, Neugamme 68,84, Grevesmühlen 60,36, Neugersdorf 57,16, Schöppenstedt 54,08, Tritten 54, Preußisch 51,68, Werder 48,66, Osterode (Elbe) 40,80, Lübben 34,80, Heideberg 32, Münsterberg 400, Neubulau 161,52, Eissen a. d. H. 100, Döbeln i. Todt 6,50, Remseck 53,70, Oldesloe 45,15, Schellendorf 24,16, Gräfenthein 25,64, Leer 24,02, Dahme 23,10, Viecht 15,97, Wongrowitsch 4,83, Hamburg und Umgegend 3781,99, Stettin 100, Glücksburg 51,00, Landhütte 50, Strausberg 50, Summa 95,55. Altona, den 25. Juli 1903.

#### Gutta-Putze.

Fürstenberg i. M. 8, Freiburg 15, Templin 1, Langenbielau 180, Ebing 7, Bäderland 150, Göttingen 20, Bessle 8, Böbbitzow 9, Leibnitz 70, Bückeburg 5, Frankfurt a. d. O. 20, Groß-Zegeborg 50, Iserlohn 160, Grevesmühlen 2, Neugersdorf 8, Reinsdorf 160, Neu-Ruppin 5, Neudamm 5, Erfurt 10, Brandenburg a. d. H. 2,40, Soltau 1,50, Bleiboden 6, Fürstenberg (18,7) 8, Graudenz 4,70, Wolsenbüttel 2, Barrentine 1, Preis 1, Cunnersdorf (12,7) 5.

Für „Geschichte der deutschen Maurerbewegung“.

Wiesbaden 4,8.

Für Broschüre „Das Maurergemeine in der Statistik“.

Wiesbaden 4,50.

Für Broschüre „Die Augsburger Prozesse“.

Wiesbaden 4,75.

#### Berichtshaus.

Statt der in Nr. 80 unter Bericht für die Hauptstasse quittierten M. 827,94 muss es richtig heißen M. 827,94 und in denselben Nummer unter Colmar i. Els. für die Hauptstasse M. 111,99, muss es richtig heißen Mühlhausen i. Els. M. 111,92.

Die Zweigvereins-Kontrollen resp. Einsender von Geldern werden erlaubt auf den Postabschlägen genau anzugeben, wofür das eingesandte Geld bestimmt ist.

Hamburg, den 27. Juli 1903.

J. Köster, Hamburg 5, Bremerstr. 11.

#### Zentralkrankenkasse.

##### (Grußwort zur Einigkeit.)

In der Woche vom 19. bis 21. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 600, Altdorf 800, Breslau 300, Wilhelmshöhe 250, Halle a. d. S. 200, Gr. Siegenort 200, Brandenburg a. d. H. 200, Polen 200, Nowawes 194, Reichenbach 190, Scharnfeld 160, Lippstadt 159,43, Herzberg a. d. Elster 150, Werder a. d. H. 150, Cöln a. Rh. 150, Lüneburg 150, Edderichshausen 120, Hörde 100, Güstrow 100, Rothemühl 100, Stanheim 100, Uelzen 100, Steinbeck 90, Uhlenburg 75, Wielitz 70, Höstau 60, Bückeburg 60, Büdeburg 60, Herbsleben 60, Liepzig 45, Weißwasser 60, Biebrich 40, Hanau i. W. 19,14, Summa M. 4772,57.

Zuschüsse erhielten: Neu-Döllnig M. 200, Osterberg 125, Pantow 100, Eggersdorf 100, Laatz 1. V. 100, Geisenhain 100, Riedbach 100, Landhütte 80, Strausberg 50, Summa 95,55. Altona, den 25. Juli 1903.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

#### Anzeigen.

#### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Seite kostet 10 Pf.)

Achim. Am 23. Juli verstarb unser Kollege Evert Wybrands im Alter von 18 Jahren infolge eines Selbstmordes.

Berlin. (Sektion der Pug.) Am 25. Juli starb unser Mitglied Karl Krohne im Alter von 47 Jahren an Nierenleiden.

Bartsch. Am 21. Juli starb nach langem Leiden unser Kollege und Mitbegründer der hiesigen Zahlstelle, W. Marguardt, gebürtig aus Breitenbrielen, im Alter von 60 Jahren.

#### Ehre ihrem Andenken!

#### Sterbegeld

Ist in der Zeit von 12. bis 25. Juli bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen:

Emil Meinhardt-Liebiga, Buch-Nr. 82 680; Herrn. Meinhardt-Liebiga, 85 057; Frey-Stiftung-Halle a. d. S. 24 697; Wilhelm Marquardt-Parchim, 98 856; Peter Kruse-Wohlert-Schönwalde, 115 876; Robert Wohlert-Wolfsberg, 108 239; Mr. Wendt-Stiel (Frau), 84 768; Ferdinand Wiegner-Müllis, 128 185; Martin Becker-Maing, 40 052; Heinrich Kühl-Berlin (Frau), 3065; C. Rückert-Arensböde (Frau), 116 879; Wilhelm Bajonni-Gross (Frau), 62271; Friedrich Brügmann-Tangerhöhe (Frau), 138 517; Hermann Günther-Bromberg, 56 547; August Voigt-Milow, 89 046; Robert Behrendt-Hannover, 017 228; Fr. Kramer-Hamburg, 30 184; L. Sachau-Hamburg-Wandsbek (Frau), 115 919; Dr. Drogmoller-Reinmutter, 90 246; H. Gerber-Harburg a. b. Elbe (Frau), 70 070; Wilhelm Höglund-Lüneburg, 55 687; Karl Tieber-Liebiga, 35 811; Ernst Beigelt-Berlin, 7194; Wilhelm Menzel-Liebiga, 83 823; Fr. Schuhmann-Altenburg (Frau), 50 118.

Die Abrechnung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Entsendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todesurkunde des ober der Verstorbenen. Beim Sterbefall des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, vor Anpruch auf Sterbegeld erhebt.

Unserem treuen Kollegen und Genossen Julius Koschel, der die Reise über den Weltmeer antritt, um sich in einer freien Welt eine Existenz zu suchen, rufen wir ein.

#### Herzliches Lebewohl! \*

zu... Wir verlieren in ihm einen der besten Kollegen. [M. 6,30]

Berlin 0.

#### Bayreuth.

[M. 2,40]

Am Sonntag, den 9. August, feiert der Zweigverein sein

#### \* 8. Stiftungsfest. \*

Sämtliche Gewerkschaften und Berufskollegen sind höflich eingeladen. Das Komitee d. Zweigv. Bayreuth.

#### Elsterberg.

Sonntag, 9. August, feiert der hiesige Zweigverein sein

#### 2. Stiftungsfest

bestehend in Ball. Anfang 7 Uhr Abends. Sämtliche Mitglieder des Zweigvereins und die der umliegenden Zweigvereine laden freundlich ein [M. 2,40] Der Vorstand.

#### Göttingen.

Am Sonntag, den 2. August, feiert der Zweigverein sein

#### \* 7. Stiftungsfest \*

im Saale des Wm. Achilles durch Preisregeln und Kinderbelohnung, verbunden mit Konzert und Tanz, wodurch sämtliche Kollegen von Göttingen und der Umgegend freundlich eingeladen werden. [M. 8] Das Komitee.

#### Lauenburg i. Pommern.

Am Sonnabend, 1. August, feiert der Zweigverein sein

#### Erstes Sommer-Vergnügen.

Anfang 8 Uhr Abends. Alle Kollegen Lauenburgs und der Umgegend sind freundlich eingeladen. Der Vorstand.

Der Kassierer, Kollege Eduard Eilrich, wohnt: Gartenstraße Nr. 11, 1. Et.

#### Lüneburg.

Sonntag, den 2. August:

#### \* 12. Stiftungsfest \*

bestehend in Konzert, Regeln, Ringwerken, Gesangsvorträgen und Ball in Neu-Lindau. Anfang 3 Uhr Nachmittags. Die Kollegen von Lüneburg und der Umgegend werden hierzu freundlich eingeladen. [M. 8]

#### Schönwalde i. d. M.

Am Sonntag, den 2. August, feiert der Zweigverein Schönwalde 1. & 2. M. kein

#### Sommer-Vergnügen

im Schul'schen Lokale, wozu die umliegenden Zweigvereine freundlich eingeladen werden. Der Vorstand.

#### Persammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erziehungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche besetzt. Die Angaben müssen für jede Versammlung besonders eingetragen werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 3 Uhr v. der nächsten Hand zu liegen kommen.)

#### Verbandsversammlungen der Männer.

Sonntag, 2. August.

Berlin. Am wichtigsten Tage ist es wichtig einen leichten Sohn zu erhalten. Frankenstein (Kiff.). Riedelbach 6. Eine Versammlung im Frankenstein-Kirch. Nachmittags 4 Uhr. Teilnahme der Mitglieder erwünscht. Nachmittags 4 Uhr. Versammlung im Frankenstein-Volks. Die Kollegen müssen erscheinen.

Reckau. Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung bei Lorenz Vogel. Nicht-Abesdauer müssen mitbringen. Röbelischer Besuch notwendig.

Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung bei Hermann Hauptbahnhof. Bahnhofliches Erstreben der Mitglieder ist notwendig.

Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal Wittstock. Um jährliches Besuch wird gebeten.

#### Dienstag, 3. August.

Abends 5 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Um jährliches Besuch wird gebeten.

Abends 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Thore. Erstreben oder Kollegen notwendig.

Abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Restaurant "Sansouci". Um jährliches Erstreben wird gebeten.

Spandau. Um jährliches Erstreben wird gebeten.

#### Mittwoch, 4. August.

Bergerode. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Jentsch, Großestraße.

Cottbus. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung im Restaurant "Sousouci".

Liegnitz. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung im Restaur. "Sousouci".

Neubrandenburg. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Wohlert.

Templin. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Wohlert.

#### Donnerstag, 5. August.

Bergerode. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Um jährliches Besuch wird gebeten.

Guben. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal "Völksgarten".

Sommerfeld. Mittwoch 6 Uhr. Außerordentliche Mitgliederversammlung. Kolleg.

Schorbendorf. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung ist angesetzt, daher kann am Platz!

#### Donnerstag, 6. August.

Friedland. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung im Vereinslokal. Das Ergebnis aller Mitglieder ist notwendig.

Löcknitz. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Stegel. Um jährliches Besuch wird gebeten.

Werder a. d. H. Mittwoch 6 Uhr. Mitgliederversammlung bei Koch. Nicht-

Abesdauer muss präzise erscheinen.

#### Freitag, 7. August.

Leisnig. Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung bei Stegel. Um jährliches Besuch wird gebeten.

Werdau. Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung bei Koch. Nicht-

Abesdauer muss präzise erscheinen.

#### Samstag, 8. August.

Leisnig. Nachmittags 3 Uhr. Mitgliederversammlung bei Stegel. Um jährliches Besuch wird gebeten.

Charlottenburg. Samstag 8 Uhr. Sonderfeier vom zweiten Quartier. Besitz vor der Generalversammlung und Verschiedenes.

#### Zentralkrankenkasse der Männer usw.

Samstag, 8. August.

Berlin. Samstag 10 Uhr. Versammlung im Gebäuhschloßhaus, Gotha 2. R.-D.: Rosenberger, Bericht vom 2. Quartier, Bericht von der am 13.7. stattgef. Generalversammlung. (Sekr. d. Krankenkasse). Rosenberger gegenstellen. Mitgliedslist. Reg.

Charlottenburg. Samstag 10 Uhr. Versammlung im "Goldehaus". Rosenberger, Bericht vom 2. Quartier, Bericht vor der Generalversammlung und Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

in Hamburg.